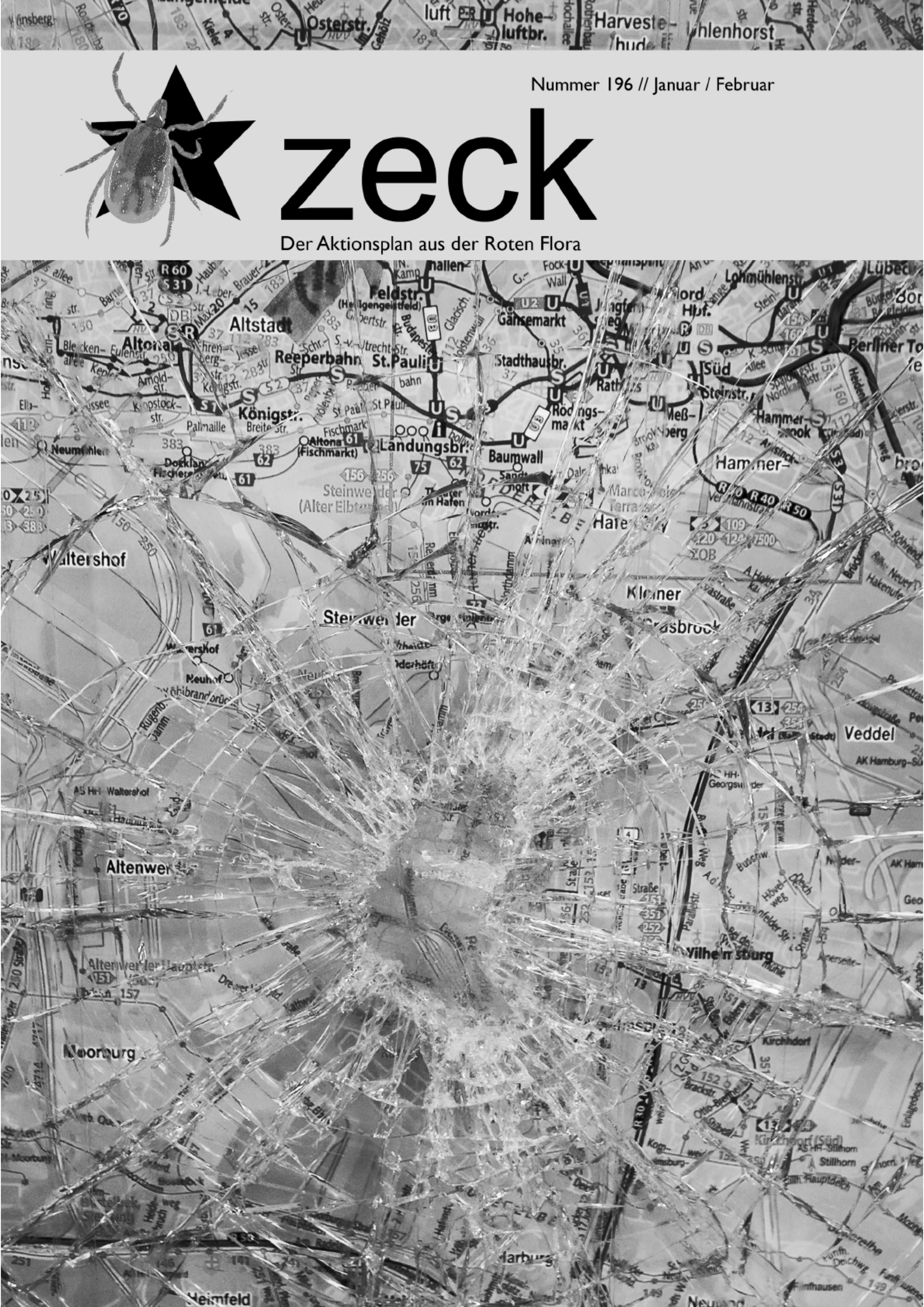
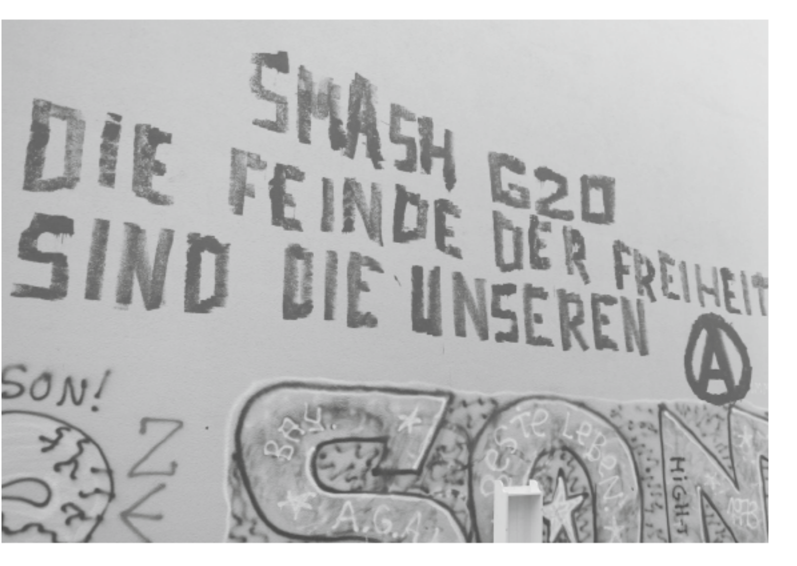

Nummer 196 // Januar / Februar
zeck
Der Aktionsplan aus der Roten Flora





Welcome werte Genoss_innen,
wir wünschen euch und uns ein tolles Jahr 2017!

Den Bullen und G20 ViPs und den Hamburger Politiker innen ein „Welcome to hell !"
Wir freuen uns bereits sehr auf aufregende Tage im Juli und haben hier eine Menge an Aufrufen und Dokumentationen zum Gipfel der Gruppe der 20 zusammengestellt.

Wie in der letzten Ausgabe haben wir den Dokumentationsradius ein wenig erweitert, um die Aktionen gegen den G20-Gipfel umfangreich wiederzugeben

Wir haben zwei Texte zu Kurdistan für diese Zeck-Ausgabe herausgesucht. Schon seit einiger Zeit fehlt einigen von uns in diesem Heft etwas zur Lage in Kurdistan und diese Texte geben unseres Erachtens einen guten Einblick.

Kleiner Tipp: Im März wird die Zeck 25 Jahre!! Geschenke sind willkommen; wie z.B. Artikel voller Lob und wohlwollender Kritik, Solianzeigen, ... Auch Schokolade oder Geldgschenke nehmen wir gerne an.

Wir lesen voneinander!
Eure Zeck-Redaktion

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Inhalt **Seite**

KURZES

Feuerwerk für Gefangene des Knastes Holstenglacis

Am Silvesterabend haben wir im Park Planten un Blomen in guter Sichtweite der U-Haft Holstenglacis ein Feuerwerk in Solidartität mit allen Gefangenen veranstaltet.
Dies kam bei einigen dort Inhaftierten scheinbar auch gut an, es kam zu ein paar Dankesrufen und Jubel aus dem Knast heraus. Hoffentlich konnten wir damit zumindest für einen kurzen Augenblick den widerlichen Knastalltag etwas durchbrechen.
Freiheit für alle Gefangenen!
Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

* * * * *

Campusverschönerung: Identitäre bekämpfen

Am Wochenende (17.12) haben wir den Campus der Uni Hamburg verschönert. Dabei haben wir faschistische Propaganda entfernt und in Form von Aufklebern und Stencils auf die Aktivitäten der Identitären aufmerksam gemacht. Die Identitären sind auf dem Campus und auch sonst nirgendwo willkommen!
Aktivitäten der Identitären Bewegung gibt es in letzter Zeit verstärkt in Hamburg und auch an der Universität. Dort studieren auch einige der Identitären und versuchen sich zu organisieren. Es bestehen enge Verbindungen zu extrem rechten Burschenschaften, der Jungen Alternativen und Gruppen der Identitären Bewegung in Niedersachsen und anderen Bundesländern.
An der Uni Hamburg tauchten in vergangener Zeit insbesondere immer wieder Aufkleber aber auch Graffitis der Identitären auf, die aber meist schnell wieder entfernt wurden. So auch wieder vor einigen Tagen. Mit unserer Aktion wollten wir die Reste ihrer Propaganda entfernen, und noch einmal deutlich zeigen, dass wir kein Bock auf die Faschist_innen der IB haben. Außerdem wollten wir entgegen ihrer Versuche dies durch Begriffe wie ‚Ethnopluralismus' zu tarnen klar benennen, dass sie sexistisch, rassistisch und völkisch sind.
Wir finden es wichtig, an den Orten, an den die Identitären aktiv sind, aufzuzeigen, das sie eine faschistische Gruppierung sind, und klar machen, dass wir sie nicht ungestört lassen.

* * * * *

Ermittlungen zum Angriff auf die Messehallen auf

Bullen suchen Leute wegen Ermittlungen zu Brandanschlag auf Messehallen auf
Am 14.12.16 haben Bullen vom LKA 71 (Staatsschutz), die sich selbst als Maßner und Eltermann vorstellten, mindestens 3 Wohnungen und das LiZ (Libertäres Zentrum) im Karolinenviertel in Hamburg aufgesucht. Sie wollten die 3 als Vorstände im Verein des LiZ eingetragenen Personen antreffen. Nach eigener Aussage beabsichtigen sie diese zu den im LiZ stattgefundenen Nachbarschaftstreffen und dem Anschlag auf die Messehallen am 26.11. im Vorfeld des OSZE-Gipfels zu befragen.
Die Personen wurden nicht angetroffen. Keines der Gespräche wurde geführt, jedoch haben die Bullen jeweils versucht die Personalien der Tür öffnenden Person aufzunehmen.
Wenn ihr auch von solchen oder anderen Ansprachen betroffen seid, verweigert das Gespräch, lasst sie abblitzen und meldet euch beim EA !
(040/43278778 oder info@ea-hh.org)
Solidarisch und selbstorganisiert statt kontrolliert und fremdbestimmt!
Keine Kooperation mit dem Staat und seinen Kötern!

* * * * *

Keine Ruhe der AfD!

Am 07. Dezember 2016 fand sich die Hamburger AfD samt ihrem "prominenten" Gast aus Bundesebene Jörg Meuthen im Gasthaus "Jägerhof" am Ehestorfer Heuweg in Hamburg/Hausbruch zusammen, um abseits der Innenstadt ein ruhiges Hinterland zur Fortentwicklung ihrer rassistischen Thesen im bieder-bürgerlichen Gewand zu finden.
Dies konnten und wollten wir nicht akzeptieren und stattdessen zum Anlass nehmen, uns als kleine antifaschistisch motivierte Gruppe diesem Ereignis lautstark und friedlich entgegenzustellen. Diese kleine Demonstration fand gegen 19:30 vor dem Gebäude statt, in dem die Partei nicht offen bekennender Nazist*innen tagte, wurde aber bereits nach wenigen Minuten von einer bis an die Zähne gerüsteten Polizeieinheit in einem gefährlichen und unnötigen Manöver auf den moderat befahrenen Ehestorfer Heuweg gedrängt. Es ist dem aufmerksamen Fahrstil dreier Autofahrer zu verdanken, dass hierbei kein Unfall geschah.
Wir werden auch weiterhin jede Ankündigung der AfD zum Anlass nehmen, uns ihrer menschenverachtenden, faschistoiden Politik entgegenzustellen.

* * * * *

Die Kieler NPD gibt auf

Nach Jahren der absoluten Inaktivität ist es nun offiziell: Die NPD in Kiel gibt auf. Der Kreisverband Kiel/Plön/Rendsburg-Eckernförde, der faktisch seit jeher nur in Kiel und den umliegenden Gemeinden existierte, ist aufgelöst. Auch der NPD-Ratsherr Hermann Gutsche aus Kiel wird nicht mehr von der Partei unter ihren Kommunalvertretungen geführt. Um diese Niederlage etwas zu kaschieren, wurde der Kreisverband an den Kreisverband Segeberg-Neumünster angegliedert und heisst jetzt "Mittelholstein", doch die Umstände der letzten Jahre und das öffentliche Schweigen der NPD zu der Umstrukturierung, lassen deutlich erkennen, dass dies die einzige Möglichkeit war zumindest nach außen noch in der Landeshauptstadt Kiel vertreten zu sein. Die Gründe sind eine Mischung aus hausgemachten Problemen und stetigem antifaschistischem Druck.
Steter Antifa-Tropfen höhlt den Nazi-Stein
Nachdem die NPD bis ca. 2010 durch den Straßenaktionismus der ihr nahestehenden Kameradschaften (zunächst "Kieler Kameradschaft", danach "Aktionsgruppe Kiel") in Kiel relativ präsent war, brachen danach die Strukturen zusammen. In den letzten Jahren gab es nicht mal mehr eine handvoll Personen, die für den Kreisverband an Aktionen teilnahmen. Hermann Gutsche tauchte nach seiner Wiederwahl 2013 in das Kieler Rathaus für die NPD-Tarnliste WaKB völlig ab. Nachdem die zweite WaKB-Führungsfigur Rainer Solf nach Walhalla abreiste, gibt es auch die WaKB nur noch auf dem Papier. Der Ratsherr Gutsche taucht zwar gelegentlich im Rathaus auf, entfaltet aber keine politischen Aktivitäten und hat auch in der eigenen Szene fast jeden Rückhalt verloren. Danach übernahm Björn Schubert den Kreisverband, der nicht merklich aktiver als Gutsche war und dazu noch als absolut unzuverlässig und unfähig gilt. Er tauchte, teilweise zusammen mit seinem Freund Alexander Nissen, noch sehr sporadisch auf Aufmärschen auf. Einziger Mitstreiter aus dem Kreisverband dabei war der ehemalige Landesvorsitzende Jens Lütke, der sich eigentlich schon vor Jahren zurückzog um sich verstärkt seinem Arbeitgeber Dietmar Munier und dessen Nazi-Blättchen zu widmen. Die Konsequenzen: Kein politisches Programm, keine Kundgebungen, keine koordinierten Propagandaverteilungen, keine größeren internen Veranstaltungen, keine

betreute Website, keine betreute Emailadresse, schwindende Mitglieder. Kurzum: Nichts was eine Partei ausmacht.
Stattdessen führten die vermeintlichen "Funktionäre" dieser Trümmertruppe fast ein Leben auf der Flucht. Zum Teil wurden sogar unbewohnte Tarnwohnungen angemietet um ihre wahren Adressen zu verschleiern. Das Leben der Führungspersonen und deren politische Aktivitäten mussten aus ihrer Sicht zum Schutz vor der Antifa eine Konspirativität haben, zu der sie organisatorisch überhaupt nicht in der Lage waren. So mögen interne Probleme zu der Schwäche der NPD beigetragen haben, als fatal für sie hat sich allerdings erwiesen, dass sie schon geschwächt immer wieder von verschiedenen Antifas auf verschiedenen Ebenen angegriffen wurden. Ihre Aktivitäten wurden von Recherche-Aktivist_innen durchleuchtet, sie wurden von unterschiedlichen Initiativen wie Nazi-Watch-SH geoutet, ihre sporadischen öffentlichen Auftritte wie im Rahmen der NPD-Deutschlandtouren wurden vermasselt und auch militante Aktivist_innen konnten empfindliche Schläge versetzen. Zuletzt sorgten im Jahr 2015 die Zerstörung eines geheimen NPD-Treffpunkts indem, laut Erklärung auf Indymedia, wohl auch Teile der NPD-Materialien lagerten und zerstört wurden, und der Angriff auf eine Nazi-Veranstaltung am Nordfriedhof in Kiel, laut Indymedia-Erklärung unter Beteiligung von Jens Lütke und Dietmar Munier, für aufsehen. Aufgrund des zeitlichen Zusammenhangs liegt nahe, dass insbesondere der Angriff einer anonymen Gruppe namens "einige autonome" auf die Wohnung des bisherigen NPD-Kreisvorsitzenden Schubert das letzte bisschen Motivation für die weitere Verwaltung des Elends geraubt hat.

* * * * *

Blog für eine militante Koordinierung gegen den G20 - in Hamburg sagt man Tschüss

Seit dem Spätsommer 2016 kam es zu einer Vielzahl von Angriffen gegen Symbole der Herrschaft und ihrer VerteidigerInnen, die sich auf den G20 Gipfel, der 2017 in Hamburg stattfinden wird, bezogen. Die meisten dieser Taten waren von Schreiben begleitet die sich für eine militante, informelle Koordinierung und Bezugnahme unter einander und über die Landesgrenzen hinaus aussprachen. Mögliche Schwerpunkte in Zielsetzung wurden bereits formuliert und Tendenzen werden sichtbar.
Um diese Diskussion und Berichte allen Interessierten auf einen Blick zugänglich zu machen und mögliche KomplizInnen zu inspirieren haben wir einen Blog, in Deutscher und Englischer Sprache eingerichtet unter: tschuess.noblogs.org
„Dieser Blog soll eine Plattform bieten für eine militante Koordinierung gegen den G20 in Hamburg 2017 und darüber hinaus. Hier werden Worte und Taten die sich gegen den Gipfel richten oder sich darauf beziehen dokumentiert und gesammelt. Es soll einen besseren Überblick bieten um eine kontinuierliche Diskussion zu ermöglichen und den Angriff gegen die Herrschaft auszuweiten und zu intensivieren.“
Wenn ihr Material oder Texte, Berichte oder Übersetzungen habt, schickt uns diese an: tschuess(at)riseup.net

* * * * *

Schöne Aussichten an der Waterkant!

Das Leben eines Antifas in der aktuellen Situation in Kaltland lässt sicher selten Anlass um mal die Sektkorken knallen zu lassen. Da müssen Erfolge gefeiert werden. Außerdem zeigen sie Perspektiven für den Umgang mit zukünftigen Nazi-Häufleinen wie der Sauftruppe "Bollstein Kiel" auf. Kleiner Spoiler: Auch dort ist reichlich Potential für Intrigen, Pleiten, Pech und Pannen. Der eine oder andere gut dosierte Antifa-Tropfen zur richtigen Zeit wird auch diesen braunen Stein aushöhlen. Nazi-Trümmertruppen kommen und gehen, die Antifa bleibt! Im Norden sagt man tschüss!

* * * * *



G20 – Welcome to hell
BLOCKIEREN – SABOTIEREN – DEMONTIEREN

Der nächste Gipfel der zwanzig wirtschaftlich und politisch mächtigsten Staaten der Welt soll am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg stattfinden. Austragungsort sind die Messehallen in der Hamburger Innenstadt im Wohngebiet von St. Pauli. Die Herrschenden dieser Welt werden dabei begleitet von tausenden Delegationsmitgliedern und Journalist*innen, beschützt durch eine Armee aus Polizei, Geheimdiensten und Militär. Durch die Einbindung von internationalen Verbänden und NGO's wird der Anspruch formuliert, weitreichende Entscheidungen zu treffen. Nach außen hin geben sich die deutschen Veranstalter*innen einen sozialen Anstrich, die Leitthemen sollen Frauen, Flucht und Gesundheit sein. Dies sind populistische Nebelkerzen, denn grundsätzlich geht es beim G20 um die Aufteilung der geopolitischen Interessenssphären und Machtansprüche und um die Koordinierung der weltweiten Ausbeutung.
Der G20-Gipfel ist dabei kein Treffen, welches einen Großteil der Menschheit repräsentiert, sondern ein Treffen bürgerlicher Regierungen, autoritärer Regimen, Folterstaaten und kriegführender Militärblöcke, die alle die globale Ausbeutung vorantreiben. Der Gastgeber Deutschland ist neben China einer der großen Gewinner der Globalisierung der letzten 25 Jahre. Der G20-Gipfel im Juli 2017 müsste also heißen: "Zu Gast bei Siegern". Hamburg und sein Hafen als vermeintliches „Tor zur Welt" lassen dabei die Blutspuren der internationalen Ausbeutung von ihren Mauern abtropfen. Dieser Gipfel dient der Aufrechterhaltung einer Weltordnung, die für diverse kriegerische Konflikte, weit verbreitete Armut und über 60 Millionen Menschen auf der Flucht verantwortlich ist, und auch dafür, dass zunehmend mehr Menschen auf ihrer Flucht sterben.

Das globale kapitalistische Regime schlägt seit der Finanzkrise von 2008 eine neue Richtung ein: Die Globalisierung, d.h. der Warenaustausch, die Vernetzung der Produktionsbeziehungen und der Umfang der grenzüberschreitenden Investitionen der multinationalen Konzerne erlahmen. Der Abschluss internationaler Freihandelsverträge in Ostasien und zwischen Europa und den USA stockt. Die Vereinbarung weltweiter Handelsabkommen im Rahmen der WTO wurde schon davor aufgegeben. Dies geht einher mit im weltweiten Maßstab halbierten Wachstumsraten. Vor der Finanzkrise hat die Mehrheit der kapitalistischen Kernländer, wenn auch ungleich verteilt, von dem allgemeinen Wachstumsschub der Globalisierung profitiert. Seit der Finanzkrise sind insbesondere die rohstoffexportierenden Schwellenländer (u.a. Brasilien, Russland, Südafrika), aber auch die Länder der Ersten Welt mit großen Handelsdefiziten und stark geschrumpfter Industrieproduktion (wie England, Italien, Griechenland etc.) von wirtschaftlichen und politischen Krisen betroffen.

Zerfall der Globalisierung?

Unter diesen Voraussetzungen sind nur noch wenige wirtschaftliche Wettbewerbsstrategien erfolgreich, wie der Rückzug auf einen großen Binnenmarkt à la USA und China oder die massive Steigerung der Exporte (wie bei Deutschland, den Niederlanden oder Schweden) auf Kosten der Industrien anderer Länder. Diese Strategien sollen durch Handelsabkommen wie CETA und TTIP abgesichert werden. Länder, denen diese Möglichkeiten verwehrt sind, die aber noch als Absatzmärkte fungieren sollen, reagieren darauf zunehmend mit Protektionismus und soweit ihnen dies möglich ist, mit der Abwertung ihrer Währungen, um wiederum ihre Handelswaren auf dem Weltmarkt günstiger anbieten zu können. Solcherart Handelskriege nehmen zu. Die Einigkeit unter den kapitalistischen Kernstaaten wird brüchiger, der Ausgleich unter den G20-Ländern deutlich geringer.
In den weltweiten Armutsregionen des Trikonts stehen ökonomische Mittel der Verteidigung erst gar nicht zur Verfügung. Die massenhafte Verarmung und soziale Vereinzelung und Unterdrückung schlagen wie im Arabischen Frühling in regionale Aufstände oder religiös verbrämte Repression der islamistischen Bewegungen um. Die lokal herrschenden Cliquen lassen im Gegenzug nicht nach, verschärfen die Ausbeutung und den polizeistaatlichen Zugriff. Wenn auch das zu keiner Befriedung führt, mündet die Repression in lang anhaltende Bürgerkriege. „Regime Change" is over – das alte Konzept der G7/G8 ist gescheitert. Der Westen versucht nicht mehr, wie bei den Kriegen in Afghanistan, Irak oder Libyen, Aufstände mit westlichen Militärinterventionen zu ersticken oder unbotmäßige Regime zu beseitigen, um dadurch eine neue Ordnung zu etablieren. Die Konflikte werden regionalen Stellvertreter*innen überlassen – wie der Bürgerkrieg im Jemen einer saudiarabischen Intervention – und ansonsten, wie in Irak und Syrien mit überwiegend informellen Interventionen eingehegt. Es wird auf einen "Gated Capitalism" gesetzt, der sich auf die verbliebenen Wachstumsinseln konzentriert und die Armen und Geschundenen vor seinen Küsten und Zäunen ertrinken und verrecken lässt. Da das Wachstums- und Wohlstandsversprechen auch für viele Menschen in den Metropolen nicht mehr realisiert wird und sich dabei der staatliche und gesellschaftliche Regulationsrahmen verschiebt, feiern Rechtspopulismus, militanter Nationalismus und autoritäre Lösungsmuster in der EU, den USA oder Asien neue Erfolge. Gefordert wird nicht nur wirtschaftspolitischer Protektionismus, sondern auch der Rausschmiss von Migrant*innen einschließlich der Errichtung von Grenzzäunen. Nach innen gerät alles unter Verdacht, was nicht ins nationalistische oder religiöse Muster passt, was queer oder nur nonkonformistisch ist. Eine solche Analyse ist jedoch nicht als ökonomisierende Verelendungsableitung zu verstehen. Die jüngst erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien werden zwar überwiegend von weißen Männern aus den unteren Klassen unterstützt, gleichzeitig sind diese Bewegungen aber auch in den wohlhabenden und ökonomisch siegreichen Staaten des europäischen Nordens und Ostens erfolgreich. Vielfach handelt es sich um einen schon in Generationen gewachsenen Rassismus ohne konkretes Objekt oder konkrete Bezugspunkte, d.h. ohne eine nennenswerte Anzahl an Geflüchteten im Land oder real drohenden Arbeitsplatzverlust. Wir stellen uns gegen die Internationale der Rechtspopulisten: von der xenophoben Abschottungspolitik des ungarischen Orban-Regimes, dem rassistisch motivierten Brexit, dem rassistischen Weltbild der AfD in Deutschland oder des Front National in Frankreich, dem islamistischen Nationalismus des türkischen AKP-Regimes bis zum Wahlsieg des Chauvinisten Donald Trump.

Krieg als ein Mittel der herrschenden Politik

Krieg und Kapitalismus gehören zusammen. In der historischen Betrachtung waren Kriege immer wieder Teil einer kapitalistischen Krisenbewältigungsstrategie. Der jahrzehntelange Status quo des Kalten Krieges hat diese Logik zwischen den Industrienationen des Westens und Ostens

vorübergehend außer Kraft gesetzt und als Stellvertreterkriege in den Trikont verlagert. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks haben sich für die kapitalistische Krisen- und damit Kriegslogik neue Spielräume eröffnet. Das neoliberale Regime hat seit 1989 zu neuen globalen Strategien zur Erschließung von Absatzmärkte und Sicherung von Ressourcen für die führenden Industrienationen geführt.

Zur Sicherung ihrer Macht- und Einflusssphären und zur Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen greifen die Regierungen der kapitalistischen Kernländer immer häufiger auf militärische Optionen zurück. Widersprüche und Konkurrenzen werden nicht mehr nur durch Implementierung von Handelsabkommen und einer kapitalorientierten Zoll und Fiskalpolitik – verbunden mit einer entsprechenden Währungs- und Kreditpolitik, bewältigt – sondern münden immer öfter in eine militärische Eskalation.

Nicht zufällig sind nahezu alle am G20 beteiligten Staaten direkt oder indirekt in aktuelle kriegerische Auseinandersetzungen involviert. Egal ob Stellvertreterkriege, vermeintliche Polizeiaktionen oder „friedenssichernde" militärische Maßnahmen – all das sind nur viele Worte für Krieg, Tod und Zerstörung. Verhindert werden zur Zeit ‚noch' einzig militärische Auseinandersetzungen zwischen den führenden Kernstaaten politischer Macht. Dass das nicht immer so bleiben muss, deutet sich in der zunehmenden Eskalation zwischen NATO und Russland an. Auf die aggressive NATO-Osterweiterung reagiert das russische Regime mit massiver Aufrüstung und bedroht die ehemaligen Sowjetrepubliken, die sich NATO und EU angeschlossen haben. Russland steht infolge der kapitalistischen Konkurrenzdynamik und der ökonomischen Sanktionen vor ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Der Krieg in der Ukraine spielt sich im Rahmen kapitalistischer Konkurrenzlogik zwischen der EU und Russland ab und ist Ausdruck des Ringens um Macht, Einflusssphären und Absatzmärkte.

Der mörderische Krieg in Syrien ist ein Beispiel für die kapitalistische Ausweglosigkeit aus der Kriegslogik. Für Russland geht es um die Behauptung des schwindenden Einflusses im neu geordneten Nahen Osten nach dem Arabischen Frühling. Für die USA und die EU ist der Syrien-Konflikt einerseits Teil des Krieges gegen islamistische Bewegungen und andererseits Mittel zum Erhalt der Machtbasis und zur Bekämpfung Russlands als Rivalen. Die Regionalmacht Türkei nutzt die Situation, um eigene Interessen im Kampf gegen die kurdische Bewegung sowie die islamistische und laizistische Opposition, aber auch regionalpolitische Ansprüche durch militärische Interventionen in Syrien durchzusetzen. Die Beendigung des eigentlichen Konfliktes und ein Ende des Sterbens mit einer Perspektive der Menschen in Syrien für einen Frieden spielen in den Überlegungen der politischen Mächte keine Rolle. Der Tod und die Vertreibung zehntausender Menschen werden dabei bewusst in Kauf genommen.

Deregulierung und Destabilisierung

Mitte der 1970er Jahre kam das kapitalistische Vergesellschaftungsmodell der Nachkriegszeit in die Krise. Diese Entwicklung führte dazu, dass sich ein neoliberales Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell durchsetzte, das auf die Deregulierung der Märkte und eine Politik der Privatisierung – auch in den Bereichen Bildung und staatliche Daseinsvorsorge – setzte und die Menschen weltweit mit einem Glücksversprechen von Reichtum und Prosperität einzufangen versuchte. Diese Seifenblasenidee einer quasi kooperativen Weltregierung und einer gemeinsamen Weltinnenpolitik als angebliche Politik der Friedenssicherung war aber tatsächlich begleitet von Aufrüstung nach außen und nach innen. Ideologisch war damit die Durchsetzung von Militarisierung als eine Option politischen Handelns verbunden. In diesem Zusammenhang ist auch die Formierung der EU als militarisierte politische Macht zu sehen, die als Akteurin für die Interessen der europäischen Kernstaaten unter der Führung der Hegemonialmacht Deutschland seit etwa dem Jahre 2000 in die Lage versetzt wurde, weltweit militärisch intervenieren zu können.

Die Durchsetzung neoliberaler Strategien ist und war in den letzten 25 Jahren von Kriegen geprägt: Die Zerschlagung des ehemaligen Jugoslawiens, die Destabilisierung der ehemaligen Sowjetunion und verschiedene Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent haben ihre Ursache in der Eroberung und aggressiven Sicherung von Absatzmärkten bzw. der Ausbeutung von Ressourcen. Die Spanne dieser militarisierten Politik reicht von „Low intensity warfare"-Konflikten über Bürgerkriege bis hin zu offenen militärischen Interventionen weltweit. Allen gemein ist im Ergebnis die Zerstörung alter Systeme von Gesellschaften und Ökonomien, die dem neoliberalen Allmachtsanspruch entgegenstehen. Für die betroffenen Menschen bleibt als Folge dieser Politik weltweit häufig nur die Flucht.

Die Destabilisierungsstrategien führen zu reaktionären Gegenbewegungen, die den westlichen kapitalistischen Interessen entgegenstehen. Logische Konsequenz sind militarisierte Konflikte als Resultat der eigenen neoliberalen Wirtschafts- und Expansionspolitik der kapitalistischen Kernstaaten. Islamistischer Terrorismus und die daraus resultierenden Fluchtbewegungen sind im Kern Konsequenz dieser Destabilisierungspolitik, die die Gesellschaften in einen andauernden Kriegszustand versetzen.

Die Militarisierung politischen Handelns im Äußeren führt auch zu einer Militarisierung im Inneren und damit zu einer Veränderung westlicher Gesellschaften. Die Akzeptanz, soziale und ökonomische Konflikte repressiv polizeilich oder gar militärisch auch im Inneren zu lösen, nimmt mehr und mehr zu. Die durch die hegemoniale Außenpolitik geschaffene Eskalation wird zum Argument der Aufrüstung im Inneren. Die Verschärfung der Außenpolitik hat ihre Entsprechung in einer Forcierung der gesellschaftlichen Widersprüche im Inneren. Der gesellschaftlichen Verarmung und der zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich soll nicht mehr durch angebliche Vollbeschäftigung und ein Wohlstandsversprechen für alle begegnet werden, sondern durch eine repressive Politik der Aufstandsbekämpfung nach innen verwaltet und beherrschbar gemacht werden.

Parallel dazu wird die neoliberale Globali-



sierung abgelöst durch eine neue Phase strategischer Reorganisierung des weltweiten kapitalistischen Systems. Die Krisenbewältigung nach der Wirtschaftskrise zeigt sich in einem äußerlichen Zerfall der Globalisierungsidee eines gemeinsamen Marktes. Dieser Bruch führt zu Nationalismus, Protektionismus und der Entwicklung einer erhöhten Konfrontationsbereitschaft auch zwischen den hegemonialen kapitalistischen Kernstaaten. Ihre Politik ist Krieg, ihre Perspektiven sind Konkurrenz und Ausbeutung. Werte wie Frieden, Menschenrechte, ökonomische Gerechtigkeit und ein verantwortlicher Umgang mit den Ressourcen dieser Welt sind Hindernisse für die freie Entfaltung kapitalistischer Verwertungsinteressen.

Unser Widerstand ist vielfältig und unberechenbar

Wenn die Vertreter*innen und Verwalter*innen der herrschenden (Un-)Ordnung sich mitten in Hamburg spektakulär in Szene setzen wollen, setzen wir ihnen unsere Aktionen des trans- und internationalen Widerstands, unsere Vorstellungen einer lebenswerten Welt entgegen!

Vergleichbare Gipfel der Herrschenden liefen ab Ende der 1990er Jahre nicht mehr ohne uns und ungestört ab. Seattle, Genua, Göteborg und Prag gingen nicht als erfolgreiche Gipfel, sondern als starke Momente des antikapitalistischen Widerstands in die Geschichte ein. Die Proteste und Aktionen führten dazu, dass die G7/G8-Gipfel der darauf folgenden Jahre in Europa nicht mehr in größeren Städten ausgetragen wurden, weil sie mit unserem Kommen zu rechnen hatten. Stattdessen verlegten sie ihre Treffen in abgeschottete Luxushotels, möglichst weit weg von städtischer Infrastruktur, um Proteste auf Abstand zu halten. Nun soll wieder ein großer Gipfel der Staats- und Regierungschef*innen in einer europäischen Großstadt, in Deutschland, stattfinden. Es wird unsere Aufgabe als radikale und antikapitalistische Linke sein, zusammen mit vielen weiteren Menschen dieser Aufführung der Macht in Hamburg ganz praktisch entgegenzutreten und unsere Vorstellungen einer gerechteren und solidarischen Gesellschaft entgegenzusetzen.

Die Gipfelmobilisierungen in den 2000er Jahren waren wertvolle Momente des Kennenlernens und der Zusammenarbeit linker und antikapitalistischer Gruppen und Netzwerke aus ganz Europa und weltweit. Wir machten gemeinsame Erfahrungen und kämpften zusammen, wir saßen auf internationalen Treffen, wurden von Bullen, unterstützt vom Militär, angegriffen, sammelten unsere Kräfte und schlugen zurück. Die globalisierungskritische Bewegung hat sich verändert, doch unsere Netzwerke haben Bestand. Wir sind lokal aktiv in unseren Regionen, Städten, Dörfern und Wäldern. Aber wir kämpfen auch transnational. Immer wieder kamen wir zusammen – in Rostock/Heiligendamm, Straßburg, Athen, Kopenhagen, im Wendland, in Paris, Mailand und Frankfurt.

In den letzten Jahren haben wir uns auf unterschiedlichste Weise transnational vernetzt: Gegen die EU-Austeritätspolitik, insbesondere in Griechenland, aber auch in Spanien, Portugal, Irland oder Frankreich haben wir solidarischen Widerstand geleistet. Die widerständigen Platzbesetzungen, Streiks, Demonstrationen, Enteignungen oder Hausbesetzungen waren zwar überwiegend von den Bewegungen vor Ort getragen. Aber der Austausch und das Lernen voneinander hat an Kraft und Kontinuität gewonnen. Gerade auch die Aktionen der No-Border-Camps zu den Flüchtlingslagern und -routen haben und hatten einen internationalistischen und transnationalen Charakter. Wir waren längst nicht mit allem erfolgreich, aber es ist zumindest für den europäischen Raum selbstverständlich geworden, dass wir den transnationalen Blick, die transnationale Aktion und Organisierung suchen. Ein solcherart verstandener Internationalismus ist so heterogen und plural wie die Bewegungen, die darin agieren. Keine/r der Aktiven ist nur ein Opfer der Verhältnisse, wenn wir uns gemeinsam und selbstbestimmt zur Wehr setzen.

Der kommende Gipfel in Hamburg steht in seiner ganzen Form symbolisch und praktisch für vieles, was wir fundamental ablehnen. Die Charaktermasken sind austauschbar, aber sie sind real. Mit den geplanten Aktionen in Hamburg wollen wir unmissverständlich klarmachen, dass wir ihre Politik von Krieg, Terror und Ausbeutung bekämpfen! Wir suchen den symbolischen und praktischen Bruch mit der herrschenden Ordnung – gemeinsam mit vielen Aktivist*innen aus ganz Europa. Wir wollen den reibungslosen Ablauf der Gipfel-Inszenierung in Hamburg stören und blockieren. Wir wollen Handlungsspielräume öffnen und nutzen, um vielfältig, massenhaft und unberechenbar gegen den G20-Gipfel aktiv zu werden. Schon jetzt ist klar, dass sie zur Verteidigung ihres Spektakels tausendfach Militär, Polizei und diverse Geheimdienste einsetzen werden.

Mit der Arroganz der Macht soll das alles in den belebten Innenstadtquartieren von Hamburg stattfinden, nur ein paar Steinwürfe entfernt von der Roten Flora und mehreren anderen linken Zentren. Die Menschen müssen nur vor ihre Wohnungen treten, um in der roten Zone oder bei einer Aktion zu sein. Die radikale Linke in Hamburg hat seit 15 Jahren gegen eine kapitalistische Stadtentwicklung und für ein „Recht auf Stadt“ für alle Menschen gekämpft. Unsere stadtpolitischen Kämpfe gehen nicht nur auf die Hausbesetzungen der 70er Jahre oder den erfolgreichen Kampf um die Hafenstrasse in St. Pauli und die Rote Flora zurück. Wir haben diese Kämpfe verknüpft mit dem Kampf gegen die Prekarisierung unserer Jobs und gegen die steigenden Mieten, für die Freiheit von Bauwagenplätzen wie etwa Bambule, mit der Flüchtlingsbewegung Lampedusa in Hamburg oder gegen flächendeckende Gefahrengebiete zur Aufstandsbekämpfung. Diese Erfahrungen haben wir gemacht, sie sind lebendig und wir werden darauf zurückgreifen. Und wir wissen, wir werden uns den städtischen Raum auch zum Gipfel aneignen. Die Repression wird dies nicht verhindern können, wenn wir viele sind und unberechenbar bleiben. Es wird kein ruhiges Hinterland geben.

Dies ist eine Einladung an unsere Genoss*innen, Gefährt*innen und Freund*innen von nah und fern: Kommt Anfang Juli 2017 zu den Protesten gegen den G20-Gipfel nach Hamburg! Die radikale Linke hat den Herrschenden in vielen Kämpfen die Stirn geboten: Wir bleiben vielfältig, solidarisch und unberechenbar. Unsere sozialen Zentren, gerade auch in der Nähe des Austragungsortes des Gipfels, werden Anlaufpunkte für unseren Austausch und die Formierung des Widerstandes sein. Im Gegensatz zur bürgerlichen Opposition werden wir den Herrschenden keine Alternativen vorschlagen, um das kapitalistische System am Leben zu erhalten. Wir sind solidarisch mit allen emanzipatorischen Kräften, die gegen den Gipfel in Hamburg auf die Straße gehen. Und wir werden selbst bestimmen, welche Aktionsformen für uns politisch angemessen und vermittelbar sind.

DAYS OF ACTION – 6/7/8 JULI 2017 * INTERNATIONALE ANTIKAPITALISTISCHE DEMONSTRATION DER RADIKALEN LINKEN AM DONNERSTAG, DEN 6. JULI 2017 * DYNAMISCHE AKTIONEN IN UND UM HAMBURG: MILITARISMUS, MIGRATION, AUSBEUTUNG, STÄDTISCHER WIDERSTAND UND WEITERE THEMEN * BILDUNG VON WIDERSTÄNDIGEN, ANTIKAPITALISTISCHEN BLÖCKEN AUF DER GROSSDEMO AM SAMSTAG, DEN 8. JULI 2017 * UND ÜBER DIE GESAMTE ZEIT DER WIDERSTAND GEGEN DEN GIPFEL SELBST! * G20-GIPFEL BLOCKIEREN, SABOTIEREN, DEMONTIEREN!

Schluss mit dem Konsens: Für Diffe
gegen den Wettbewerb



Welcome Point

Wenn der G20 im Juli 2017 nach Hamburg kommt, sehen wir keinen Erfolg in einer Mobilisierung, die viele Menschen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner versammelt und von der am Ende wenig mehr bleibt als simple Botschaften. Wir sind stattdessen für eine politische Differenzkultur mit utopischem Überschuss, die notwendige Radikalisierungen im Handgemenge nicht nur zulässt, sondern beabsichtigt. Ohne radikale Antworten lassen sich die zentralen politischen Fragen der Gegenwart nicht lösen, der Klimawandel nicht stoppen, Armut und Grenzen nicht abschaffen. Wie sich gesellschaftliche Kämpfe und Utopien in diese Richtung weiterentwickeln können, ist für uns eine zentrale Herausforderung der Zeit.

In diesem Thesenpapier wollen wir mögliche Zielsetzungen und Perspektiven autonomer und unabhängiger Mobilisierungen gegen den G20-Gipfel in Hamburg umreißen, aber auch Fallstricke und Grenzen darstellen.

I. Antikapitalistische Zustände als realexistierende Perspektive stark machen

Nach dem Niedergang des Staatssozialismus als realexistierendes Gegenmodell zum Kapitalismus wurden trügerische Hoffnungen auf einen globalen Siegeszug dieses Systems als beste aller möglichen Welten propagiert. Diese wurden jedoch enttäuscht: Die Öffnung von Märkten hat ebenso wenig die Menschen befreit wie die Welt sicherer gemacht. Kriege, Hunger- und Umweltkatastrophen sind keine Nebenwirkungen, sondern fest integrierter Bestandteil und Resultat kapitalistischer Konkurrenzkämpfe.

Der aktuelle Aufstieg des Rechtspopulismus und die Zunahme protektionistischer Politiken deutet zudem an, dass die neoliberale Globalisierung, wie wir sie bisher kannten, an ihre Grenzen gekommen ist. Nach dem Wahlsieg von Trump war von einem Ende der Nachkriegsordnung zu lesen. Wenn dies zutreffen sollte, dann geht es während der Proteste rund um den G20 auch um die Frage, wie zukunftsfähig antikapitalistische Perspektiven und Praktiken sind.

Wir halten es in dieser Situation für zentral und notwendig, Ideen radikaler Gesellschaftsveränderung sichtbar zu machen, in ihrem Sinne einzugreifen und gesellschaftliche Diskurse emanzipatorisch zu verschieben. Aneignungskämpfe stellen in der Phase der kommenden ökonomischen Neuordnung eine ebenso wichtige Gegenrealität dar wie die Autonomie der Migration und die solidarische Intervention gegen die Ein- und Ausschlüsse bürgerlicher Leitkulturen. Dabei richten wir unsere politischen Forderungen nicht an bürgerlicher Akzeptanz und Gesellschaftsfähigkeit aus. Unsere Klammer ist nicht, was unter der gegenwärtigen politischen Hegemonie als konsens- und politikfähig gilt, sondern was aus politischer und ethischer Sicht nicht als Verhandlungsmasse auf dem Altar der Realpolitik geopfert werden darf.

Dass Geflüchtete an den Mauern und Zäunen des europäischen Grenzregimes stranden oder im Mittelmeer ertrinken, ist Ausdruck entmenschlichender Zustände, die wir ebenso wenig als unveränderlich anerkennen wie Armut, kapitalistische Zwänge, heterosexistische Männergewalt oder Kriege. Wenn wir Perspektiven für eine umfassende Gesellschaftsveränderung lebendig erhalten wollen, dürfen wir keine Institution der etablierten Politikberatung werden, uns nicht zum Teil der Elendsverwaltung und des Wettbewerbs um Reformen innerhalb des Bestehenden machen. Statt Politik auf der Suche nach einem gesamtgesellschaftlichen Konsens zu betreiben, sprechen wir uns für Brüche, Differenzen und Streitkultur aus.

Wir müssen an die Wurzel gehende Kritik entwickeln, um neue Fragen zu stellen und neue Hoffnungen und Sehnsüchte zu erwecken. Ohne das Selbstbewusstsein, radikale Forderungen zu vertreten, ohne Raum für unabhängige Stimmen und widerständige Praktiken lassen sich Nationalismus und Grenzen ebenso wenig abschaffen wie das Privateigentum aufheben oder Verwertungszwang und Lohnarbeit überwinden.

II. Rechtspopulismus als politische Strömung auf- und angreifen

Ein Teil des aktuellen Erfolges rechtspopulistischer Strömungen beruht auf der Mobilisierung wütender Ressentiments: Eine Mischung nationalkonservativer, faschistischer und protektionistischer Ideologiefragmente mit Zielsetzungen auf den „weißen Arbeiter" und „den kleinen Mann", genährt vom Hass auf wahrgenommene Minderheiten und ein als zu liberal empfundenes Establishment, befeuert von Verschwörungstheorien und Legendenbildungen in sozialen Netzwerken.

Bündnisse, die sich erst erklärtermaßen nach Rechts abgrenzen müssen, offenbaren dabei eine fehlende politische Bestimmung. Positionierungen gegen globalisierten Kapitalismus müssen untrennbar verwoben sein mit den Kämpfen gegen rassistische, antisemitische oder homophone Bilderwelten und Zustände. Ein Protest, der Kapitalismus auf Staatsoberhäupter und Manager reduziert, oder ihn in Kraken und Schweinen denkt, besitzt eine offene Flanke zu Rechtspopulismus und faschistischen Ideologien. Mehr noch, er ist nicht in der Lage, antika-

renzkultur und radikale Antworten
der Elendsverwaltung

pitalistische Perspektiven zu entwickeln und verbleibt in patriarchalen und autoritären Bilderwelten.
Rassismus und Nationalismus, wie sie sich in den Wahlerfolgen von Trump in den USA, beim Brexit in Großbritannien oder im Aufstieg der AfD in Deutschland ausdrücken, sind in der Mitte der Gesellschaft verankert. Linke Bewegungen müssen nicht zuletzt deswegen einen klaren Bruch mit Autoritäten und Argumentationen herstellen, die für sich in Anspruch nehmen, die Interessen und Privilegien dieser „Mitte" als hegemoniale Identität zu vertreten oder zu verteidigen.
Wir lehnen einen linken Populismus ab, der Ressentiments abfischt und kurzfristig auf Skandalisierung setzt. Eine mögliche Ausrichtung der Proteste auf einzelne Akteure im Zentrum halten wir für falsch. G20-Proteste, die in Wirkung und Erinnerung vor allem als Anti-Trump, Anti-Erdogan oder Anti-Putin-Proteste bleiben, liefern keine Antworten auf die gegenwärtigen Fragen und Umbrüche. Sie führen im schlimmsten Fall zum Schulterschluss mit europäischen und deutschen Interessen, die sich als moderate Kraft der Globalisierung eines besseren, weil gebändigten Kapitalismus darstellen.

III. Für kulturelle und politische Verunsicherung - Die Verdichtung von Unterschiedlichkeiten auf die Straße tragen

Der Gipfel findet auf einem innerstädtischen, räumlich verdichteten Terrain statt. Diese Verdichtung fordert von allen Akteur*innen ein Einlassen auf neue Erfahrungen und einen Verzicht auf hegemoniale Ansprüche. Alle Beteiligten müssen sich im Klaren darüber sein, dass sich in Hamburg unterschiedliche Protest- und Aktionsformen auf der Straße begegnen werden. Wir denken, die Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg werden völlig anders verlaufen, als alle es sich bisher vorstellen. Und wir betrachten alle als eingeladen, an diesem Verlauf als einem offenen Experiment teilzuhaben.
In Hamburg gibt es eine lange, gelebte Geschichte unterschiedlicher Kämpfe und Protestformen, Erfahrungen zwischen Gefahrengebieten, Projekten wie der Roten Flora, dem Widerstand gegen rassistische Kontrollen oder gegen Großprojekte. Diese lokale Basis wird auch die kommenden Ereignisse mit beeinflussen. Hinzu kommen Protestspektren und Aktivist*innen aus vielen anderen Ländern, die eigene Erfahrungen und eigene politische Perspektiven mitbringen und für sich selbst sprechen werden. Die Autonomie von Bewegungen und Akteur*innen ist dabei gut und nicht schlecht.
Geordnete, mahnende Proteste nach den jeweils vorherrschenden moralischen Maßstäben und Spielregeln sind das Mittel jener, die an der bestehenden Gesellschaftsordnung teilhaben wollen und können. Der Protest gegen den G20 wird aber auch andere Akteur*innen versammeln. Den als nicht gesellschaftsfähig wahrgenommenen „Bodensatz" der Globalisierung, die Kriminalisierten und die Wütenden, die Abtrünnigen und die Suchenden. Auch deren Stimmen haben Gewicht, auch deren Erfahrungen und Protestformen haben eine Legitimität, die verteidigt werden muss.
Wir werden uns keine Welt schaffen, auch keine Protestwelt, in der nur eine Wahrheit zählt. Wir lehnen Hegemoniebestrebungen ab, die für Demonstrationen und Proteste allgemeingültige Regeln aufstellen und so definieren wollen, wer oder was als Protest politisch anerkannt wird. Wir nehmen zu Aktionsformen und Auseinandersetzungen ein grundsätzlich solidarisches Verhältnis ein und erwarten von allen anderen, die sich als Teil des linken Protestspektrums sehen, ein ebenso solidarisches Verhältnis. Dies ist eine Herausforderung für alle politischen Spektren und erfordert einen respektvollen gegenseitigen Umgang, der die Unterschiedlichkeit von Protestformen zulässt, ohne sich selbst zur Avantgarde zu erklären oder Führungsrollen zu beanspruchen.
Wir sehen Hamburg im Juli 2017 eher als belebten Platz anstatt als eindeutigen und strukturierten Ort. Es liegt an uns, Zugänglichkeit und Bewegungsfreiheit herzustellen, Inhalte in diesen Raum hineinzutragen, Orte des Zusammenkommens zu schaffen und Zerstreuungen zu ermöglichen.

IV. Für das Ende des Machbaren und die Renaissance des revolutionären Experiments

Machbarkeit und Umsetzbarkeit sind der Fetisch der Mehrheitsfähigkeit und des realexistierenden Elends. Ein gesellschaftliches System von Aus- und Einschlüssen schafft jene verrohte Leitkultur der gesellschaftlichen Mitte, welche die vermeintlichen Grenzen des politisch Möglichen und Legitimen definieren soll. Eines ist aber klar: Auf der Ebene von überarbeiteten Klimazielen und verbesserten Quoten für Flüchtlinge ist eine andere Welt nicht zu haben. Mit der Sachlichkeit einer ebenso berechnenden wie berechenbaren Politik lassen sich Ausbeutungsverhältnisse und globale Zerstörung nicht kippen. Was wir brauchen, sind Revolten und Revolutionen. Gelebte Realitäten auf der Straße statt Selbstdomestizierungen im politischen Konsens.
Voraussichtlich wird auf dem Gipfel auch ein Wettstreit zwischen den Modellen neoliberaler Globalisierung und nationalstaatlichem Protektionismus ausgetragen. Es liegt an uns, zum Ausdruck zu bringen, dass es sich nicht um zwei grundsätzlich verschiedene Konzepte handelt, sondern beiden dasselbe kapitalistische Fundament zugrunde liegt, welches es gemeinsam niederzureißen gilt.
Rassismus, Antisemitismus, Homophonie, Sexismus und patriarchale Verhaltensweisen sind und bleiben unvereinbar mit der Idee einer emanzipatorischen Welt. Antifaschismus ist eine notwendige Perspektive in sozialen Bewegungen. Dies soll und muss sich auch in den Protesten gegen den G20 in Hamburg ausdrücken.
Wir sehen uns nicht als mahnende Stimme im Wettbewerb des kapitalistischen Elends, sondern als Teil derjenigen, die es hier nicht mehr aushalten wollen, die eine verordnete Alternativlosigkeit der kapitalistischen Verhältnisse nicht akzeptieren. Wir wollen eine andere Form gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir suchen dabei nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner oder den Kompromiss, sondern Brüche und Experimente für eine Welt, in der viele Welten möglich sind.
Unser Ziel ist eine solche Radikalisierung der Gesellschaft. Daran misst sich für uns der Erfolg der Proteste gegen den G20-Gipfel, mit diesem Hintergrund beteiligen wir uns an der internationalen Mobilisierung nach Hamburg, mit dieser Haltung bewegen und begegnen wir uns mit vielen anderen auf Demonstrationen und Plätzen.

Kampagne „Flora bleibt unverträglich"

G20 in HH: Die Logistik des Kapitals lahmlegen

mal anders streiken...
Linksradikale Gruppen rufen dazu auf, den G20-Gipfel und die internationale Mobilisierung dagegen zu nutzen, um dort anzusetzen, wo es einer Welt, in der Waren frei über die Weltmeere schippern, während zugleich tausendfach Migrant_innen ertrinken, wirklich wehtun kann. Die Chance, die in Hamburg vor uns liegt, ist, gemeinsam mit unseren Freund*innen aus ganz Europe und beyond, die G20-Bühne zu nutzen, um mit der Logistik einen Angriffspunkt aufzuzeigen, der über politische Symbolik und das übliche Gipfelritual hinausgeht.
Es geht dabei darum, einen Ausweg zu finden, dem Kapitalismus Leben abzutrotzen und sich dem Drift in die völkische wie religiöse Barbarei zu verweigern. Ohne schon zu viel zu verraten: Dieser Weg beginnt nicht mit Appellen an den Staat, sondern mit der grenzübergreifenden Unterbrechung der Logistik des Kapitals selbst. Denn das ist die einzige Sprache, die es versteht.

Don't fight the players, fight the game: Zum G20 die Logistik des Kapitals lahmlegen!
Hamburg ist ja immer eine Reise wert. Im Juli 2017 gilt das gleich doppelt. Zum einen findet dort als Höhepunkt und Abschluss der deutschen G20-Präsdentschaft der G20-Gipfel statt. Mit Medienrummel, Polizeiparade und allem Drum und Dran. Zum anderen ist Hamburg mit seinem Hafen auch eine wichtige Drehscheibe der deutsche Exportwirtschaft und des globalen Warenverkehrs – und damit die passende Bühne, um Staat und Kapital einen Strich durch die Rechnung zu machen. Denn ein besseres Leben für alle ist von beiden ganz sicher nicht zu erwarten. Wir rufen dazu auf, den G20-Gipfel und die internationale Mobilisierung dagegen zu nutzen, um dort anzusetzen, wo es einer Welt, in der Waren frei über die Weltmeere schippern, während zugleich tausendfach Migrant_innen ertrinken, wirklich wehtun kann.
Bereits jetzt ist klar: Es wird mit den Staats- und Regierungschef*innen der 19 größten Industrienationen und Europa eine Show der Superlative – und von den hochtrabenden Versprechen einer „gerechten Gestaltung der Globalisierung" wird jedes einzelne gebrochen werden. Mal wieder. Denn der G20-Gipfel ist ein zentraler Ausdruck des politischen Dilemmas des Kapitalismus: Seine Widersprüche werden von der Politik und ihrem Personal nicht wie behauptet gelöst, sondern bloß verwaltet. Das G20-Treffen ist eher kein kollektiver Akteur, sondern ein Spielfeld der Staatenkonkurrenz zwischen den westlichen Nato-Staaten und Russland, zwischen der südeuropäischen Peripherie, die im Rahmen der EU-Mitgliedschaft im G20 auch ein bisschen mitspielen darf, und einem Deutschland, das auch über die Ebene der G20 versucht, die eigene wirtschaftliche und politische Dominanz auszubauen. Und auch die anderen Teilnehmerstaaten sind selbstverständlicher Teil dieser schlechten Gesellschaft: die Türkei, die gerade den Übergang zur offenen Diktatur vollzieht, tausende Menschen mit Repression bedroht oder einkerkert und Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt, Brasilien mit seiner neuen ultraneoliberalen und technokratischen Regierung, das Schreckgespenst Trump, das in seinem Wahn selbst noch die neoliberalen Eliten das Fürchten lehrt etc.

Doch je weniger die Politik und ihr Personal den Menschen in Bezug auf die Lösung der großen Krisen unserer Zeit anzubieten hat, sondern im Gegenteil die Barbarisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse weltweit vorantreibt, desto geschäftiger wird politische Handlungsfähigkeit simuliert. Der G20 ist daher – nicht zuletzt auch vor der Bundestagswahl 2017 – vor allem ein Repräsentationsevent, das Legitimation durch Spektakel erzeugen soll. Der massive Versuch einer Einbindung von NGOs und Initiativen im Rahmen des Civic-Prozesses ist Ausdruck davon. Ebenso der Plan, das Gipfel-Programm in der Innenstadt durchzuziehen, um Nähe zu Bürger*innen, Dialog und Interesse an zivilgesellschaftlichen Forderungen zu simulieren. Die Wahl Hamburgs ist kein Zufall, sondern der ideologische Versuch, um den G20-Gipfel mit neuer Legitimität zu versehen. Damit alles so bleibt, wie es ist.
Zugleich eskalieren die zahlreichen, systemisch bedingten Krisen des globalen Kapitalismus munter weiter: Der technologische Fortschritt macht – unter Bedingungen kapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse – nicht die Armut, sondern die Menschen überflüssig. Die Politik verwaltet diesen Krisenprozess, diszipliniert die Über-flüssigen und stellt sich gleichzeitig als Teil einer Lösung dar, die sie aus strukturellen Gründen gar nicht sein kann. Das führt zu Frustration, die sich immer öfter in Rechtsruck, nationalen Abschottungsphantasien, vor denen selbst die Linke nicht gefeit ist, und einer wachsenden reaktionären Opposition zur Globalisierung ausdrückt – was wiederum die Krisenfolgen nur veschärft und emanzipatorische Auswege aus der Krise verstellt. Denn politische Handlungsfähigkeit können die Rechten im globalen Kapitalismus nur im negativen Sinne beweisen – indem sie noch mehr Menschen von fundamentalen Rechten und gesellschaftlichem Reichtum ausschließen, als es der hochtechnisierte Kapitalismus schon aus seiner ökonomischen Dynamik heraus tut.
Die breiten zivilgesellschaftlichen Proteste gegen den Gipfel, die bereits jetzt in ganz Europa geplant werden, stellen die Legitimität der herrschenden Politik zu Recht in Frage. Dafür gebührt ihnen Respekt. Doch in den Appellen für eine „echte Problemlösung, Demokratie und Gerechtigkeit" verkennen die zivilgesellschaftlichen Proteste oftmals den systemischen Charakter und die strukturellen Grenzen von Politik im globalen Kapitalismus. Damit laufen sie Gefahr, die Illusion einer politischen Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten erneut von Links zu befeuern. Auf kurz oder lang gibt es keine emanzipatorische Perspektive innerhalb der Ordnung von Kapital und Nationalstaat. Erst im Moment ihrer Überwindung öffnet sich eine gesellschaftliche Perspektive, die nicht Organisation des Mangels, sondern solidarische Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum ist.
Dagegen ist festzuhalten: Die Selbstorgani-



sierung der Gesellschaft durch die Menschen ist mit der bestehenden Ordnung nicht zu haben. Das geht nur, wenn die Schranken der Nationalstaaten, die Zwänge des kapitalistischen Weltmarkts, des Privateigentums an Produktionsmitteln und das Regime der Reproduktion überwunden werden.
Auch wenn der Plan waghalsig erscheint, die technischen Voraussetzungen dafür sind heute so gut wie nie. Anstatt also weiter auf ein paar mehr Krümel für die zahllosen Überflüssigen des Hightech-Kapitalismus zu hoffen, geht es vielmehr um eine Perspektive jenseits der Bäckerei. Und die werden wir nur erreichen, wenn wir beginnen, sie heute zu entwickeln und grenzübergreifend aufzubauen. Gegen eine Ordnung, in der Krise Normalität und Normalität Krise bedeutet.
Die Chance, die in Hamburg vor uns liegt, ist daher, gemeinsam mit unseren Freund*innen aus ganz Europe und beyond, die G20-Bühne zu nutzen, um mit der Logistik einen Angriffspunkt aufzuzeigen, der über politische Symbolik hinausgeht. Es geht dabei darum, einen Ausweg zu finden, dem Kapitalismus Leben abzutrotzen und sich dem Drift in die völkische wie religiöse Barbarei zu verweigern. Ohne schon zu viel zu verraten: Dieser Weg beginnt nicht mit Appellen an den Staat, sondern mit der grenzübergreifenden Unterbrechung der Logistik des Kapitals selbst. Denn das ist die einzige Sprache, die es versteht. Für etwas Besseres als die Gegenwart.

… ums Ganze! feat. grow
November 2016

Anarchistischer Aufruf gegen das G – 20 Treffen in Hamburg

Wenn sich am 7. und 8. Juli 2017 die erfolgreichsten Kriegsverbrecher*innen der Gegenwart, die skrupellosesten Ausbeuter*innen von Mensch und Natur, die selbsternannten Leader dieses Planeten, in Hamburg treffen, werden sie dort von uns nicht mit irgendwelchen Forderungen an besseres Regieren oder sozialeres Versklaven konfrontiert und damit aufgewertet werden. Sie werden die Wut der Straße verspüren, wenn sie mit ihren Kolonnen durch menschenleere Stadtteile eilen und sich dabei über die nächtlichen Anschläge der letzten Wochen unterhalten. Dieser Aufruf will sich nicht, wie so viele andere zu ähnlichen Treffen, in einer Analyse über die Bedeutung der G – 20 Treffen oder die Politik ihrer Teilnehmer*innen verlieren. Die Ungerechtigkeit der Welt ist schon tausend Mal erklärt worden, wer jetzt keinen Drang zum Handeln verspürt, braucht nicht einen weiteren Text. Wir wollen von denen sprechen, die bereits in den Kampf gegen den Kapitalismus und seine ausübenden Staaten mit ihren konformen Gesellschaften verwickelt sind – also von Uns.
Gipfelproteste waren seit Seattle 1999 ein Katalysator des radikalen Widerstands, Individuen und Gruppen kamen zusammen, tauschten sich aus, standen gemeinsam hinter Barrikaden und trugen die Flamme des Widerstands in ihre Regionen zurück. Auch die Schüsse von Göteborg und Genua oder die zahlreich eingeschleusten Spitzel konnten die Entwicklung eines europaweiten, chaotischen Geflechtes von autonomen/anarchistischen/antiautoritären Strömungen nicht stoppen.
Dann kam die Kritik vom Eventhopping auf, als ob irgendjemand dafür plädiert hätte sich lediglich als Krawalltourist*in in einer beliebigen Stadt zu betätigen. In dieser Sektlaune einiger Bewegungsmanager*innen wurden die Proteste gegen den G – 20 in Cannes und Nizza 2011 vorbereitet; alles sollte anders, besser, politischer werden. Eine Nachbereitung wurde damals nicht mehr verbreitet – der Widerstand war schlicht und einfach ausgefallen, lediglich die üblichen Alibi-NGOs spielten ihr Programm ab.
Jetzt ist also Hamburg dran und die Verantwortlichen in den Mordzentralen der Geheimdienste, Polizeibehörden und Militärkommandos raufen sich die Haare. Sie befürchten das Wir kommen. Aber wir haben keine Führung die ausgeschaltet werden kann, unser Widerstand hängt nicht am Kaderverhalten einzelner Personen. Wenn du, der/die diesen Text gerade liest, nicht aktiv wirst, findet vielleicht gar nichts statt. Erwarte nicht, dass andere etwas für dich vorbereiten und du nur noch aufspringen musst.
Sicher wird es eine große Demo der linken Spinner geben, die ihr demokratisches Ritual spielen wollen, wie es ihnen ein gewisser Herr Marx oder Lenin vor 150 Jahren aufgetragen hat. Und vielleicht werden wir auch bei dieser Demonstration dabei sein oder am Rand oder hinter den Linien der Bullen. Das zu überlegen und vorzubereiten ist noch Zeit genug.
Wir hingegen rufen zu einer Kampagne im Vorfeld auf – gegen jede Form von Herrschaft. Zerstören wollen wir bis zum Juli 2017 (und wenn es auch nur symbolisch sein kann...) die Herrschaft des Patriarchats über die Frauen, die Herrschaft der Staaten über ihre Grenzen und urbanen Zentren, die Herrschaft der Arbeit über unsere Zeit, die Herrschaft des Geldes über unser Sozialverhalten, die Herrschaft der Waren über unser Leben, die Herrschaft der Bullen über die Angst vor Repression in unseren Köpfen.
In Hamburg und in jedem Dorf sind unendlich viele Ziele zum Zerstören geeignet, wir sollten jetzt damit anfangen. Damit im Juli 2017 die Entfremdung zwischen der Welt der G – 20 und dem Rest so groß geworden ist, dass wir keine Gipfeltreffen mehr brauchen um zusammen zu kommen.
Die militante Kampagne gegen den G8 in Heiligendamm 2007 könnte als Vorbild dienen, denn sie hat, neben einem sinnlosen Ermittlungsverfahren, auch einer neuen Generation von Aktivist*innen durch selbstbestimmte klandestine Aktionen und den flüchtenden Bullen im Steinhagel von Rostock, ein Gefühl von eigener Stärke und den Möglichkeiten horizontaler Organisierung vermittelt.
Zudem rufen wir auch zu einer theoretischen Vertiefung unserer Praxis auf, wobei die Anwesenheit oder Abwesenheit der Anarchie bei Revolten wie jüngst in Frankreich, Spektakeln wie im März 2015 in Frankfurt, Ritualen wie am 1. Mai oder der alltäglichen Kiezpolitik und Nazi-Bekämpfung auf ihre Brauchbarkeit geprüft werden sollte. Denn wo wir nicht dabei sind, müssen wir uns nicht über die Dominanz von Reformisten beschweren. Und wo nur leere Phrasen mit einem A darauf verfügbar sind, kann sich das seichte Geplapper von „Aktionskonsensen“ mit folgenden Distanzierungen Gehör verschaffen. Ein derartiger Diskurs würde über die bisherigen (begrüßenswerten) knappen G – 20 Bezugnahmen in Anschlagserklärungen hinaus gehen müssen.
Unser Widerstand gegen das G – 20 Treffen will keinen „Sieg“ erringen, in dem Sinn einer Verhinderung dieser Veranstaltung. Es könnte lediglich der Anfang sein von etwas, was auch an jedem anderen Tag beginnen könnte: Die Selbstermächtigung des/der Einzelnen über das Bestehende und die (Selbst)organisierung in kollektiven Strukturen. Nur das einem Aufruf dazu sonst kaum Beachtung geschenkt würde.
Deshalb also, G-20 Treffen angreifen! Hamburg ins Chaos stürzen! Die europäische Festung zerstören!

"g20 entern" - Ein linksradikales Hamburger Bündnis stellt sich vor

Wir kommen aus verschiedenen Arbeitsfeldern und einem breiten politischen Spektrum der radikalen Linken. Uns eint das Bedürfnis gemeinsam, gleichberechtigt und transparent gegen die G20 in Hamburg zusammenzuarbeiten. Wir verstehen uns dabei nicht als eine feste Struktur. Viel mehr laden wir alle ein, die sich als antikapitalistisch und revolutionär verstehen, ob als Einzelperson oder Gruppenstruktur um mit uns gemeinsam einen Pol der radikalen Linken zu bilden.

Wir mobilisieren daher gemeinsam gegen den G20-Gipfel in Hamburg, der als Symbol für das weltumspannende Wirken der kapitalistischen Nationen, Banken und Konzerne steht. An diesem Datum treffen sich die Regierungschef*innen der 20 größten und wichtigsten Industrienationen der Erde, die Finanzminister*innen der G8, sowie die Präsident*innen der EZB, IWF, WTO und der Weltbank zur Abstimmung des politischen Rahmens. Ziel dieses Treffens ist der Erhalt und Ausbau der Machtposition der imperialistischen Nationen und ihrer Verbündeten, sowie die Koordinierung der internationalen Finanzpolitik. Die Folgen dieser Politik tragen die Werktätigen: 795 Millionen Menschen weltweit leiden an Hunger, 46 Millionen arbeiten als Sklav*innen unter Bedingung schlimmster Ausbeutung, 800 Millionen schuften als „working poor" unterhalb des Existenzminimums, 80% der Weltbevölkerung leben von weniger als 10 US- Dollar pro Tag. Hinzukommen Massenarbeitslosigkeit und Krieg - 65 Millionen Menschen befinden sich deshalb auf der Flucht. In den Industrienationen steigt die Jugendarbeitslosigkeit, der Zugang zu Bildung wird immer schwerer, prekäre Beschäftigung und Leistungsdruck machen die Menschen krank. Unabhängig ob Industrienation oder Schwellenland teilen die Menschen dabei ein Schicksal: Sie leiden und schuften für den Profit der Kapitalist*innen!

Für diese zählen nur Macht und Profite, darin sind sie Partner*in und Konkurrent*in gleichermaßen. Einflusssphären, Rohstoffreserven und Absatzmärkte werden von den Staaten abgesteckt und mit militärischer Macht gesichert. Wettrüsten und Truppenübungen der Supermächte und ihrer Partner*in sollen Entschlossenheit signalisieren: Territorialkampf im Pazifik, die andauernde NATO-Osterweiterung, sowie die offen ausgetragenen Stellvertreterkriege in der Ukraine und Syrien zeugen von der politischen Brisanz des G20- Bündnisses. Der Wettstreit dieser Staaten findet auch militärisch seinen Ausdruck.

Der Sicherheitsapparat der G20-Staaten als auch des Gipfels beweist, dass es nur eines gibt was sie mehr fürchten als den Zusammenbruch des Finanzmarktes oder der Weltwirtschaft: Es ist der Aufstand der Massen! Die Zahl der Menschen die unter dem Kapitalismus leiden beträgt mehrere Milliarden, der Großteil der Weltbevölkerung.

Wir stehen ein für ein System welches den Menschen gleichen Zugang zu Essen, Unterkunft, Bildung, Arbeit und Technik erlaubt. Die nachhaltige Nutzung von Ressourcen und dem Aufbau einer Wirtschaft die dem Wohle der Menschheit dient und nicht dem Reichtum der Kapitalist*innen. Ein demokratisches System an dem alle angehalten sind mitzugestalten und indem dies auch möglich ist.

Der Kapitalismus lässt sich nicht reformieren, darin sind wir uns einig. Man kann ihn nicht grün oder gerecht machen, Mitsprache einfordern oder durch Entwicklungshilfe ausgleichen. Er ist nicht einfach so entstanden, sondern durch die Konzentration der Produktionsmittel, Geld und Macht in den Händen weniger geschaffen worden. Die Kapitalist*innen werden diese Macht nun nicht einfach aus den Händen geben, sie muss ihnen entrissen werden! Die Überwindung dieses Systems muss auf politischer und ökonomischer Ebene stattfinden, mit anderen Worten, durch eine Revolution!

Wir mobilisieren daher grenzübergreifend nach Hamburg um unseren internationalen Protest auf die Straße zu bringen und diesen Gipfel mit allem was wir haben zu stören. Unser Widerstand ist ein gemeinsames Symbol und gleichzeitig ein weiterer Schritt zum Kampf gegen die Herrschaft der Kapitalist*innen:

Ein Auftakt zum Sturz des Systems
G20 entern, Kapitalismus versenken!!

+++ G20-Aktionskonferenz mit 600 Aktivist_innen +++
+++ Aktionen gegen G20-Gipfel werden Festival des Widerstands +++

Massenhafte Aktionen und Proteste werden den G20-Gipfel begleiten, der am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg stattfinden soll. Aus der Inszenierung der Macht, die Angela Merkel und Olaf Scholz in Hamburg veranstalten wollen, wird ein vielfältiges und ungehorsames Festival des Widerstandes.

„Mit der Aktionskonferenz ist der Startschuss gefallen. Jetzt beginnt die Mobilisierung und die konkrete Vorbereitung, damit im Juli 2017 zehntausende Aktivist_innen aus ganz Europa nach Hamburg kommen und der Parade der Monster eine Parade des Widerstandes und der Solidarität entgegensetzen.", sagte Emily Laquer, Pressesprecherin der interventionistischen Linken.

In Arbeitsgruppen wird zum Beispiel der lokale Widerstand in den Stadtteilen vorbereitet, ein großes Aktions-Camp für anreisende Aktivist_innen aus ganz Europa geplant, eine eigene Jugendvernetzung gestartet und die konkreten Aktionsplanungen begonnen.

„Die Mächtigen können sich in den Messehallen verbarrikadieren, aber die Straßen rund um den Gipfel werden den Aktivist_innen gehören. Zu Tausenden und Zehntausenden werden wir in der ganzen Stadt und rund um den Hafen auf den Straßen und Plätzen sein, wir werden die Zugangswege des Gipfels, die Routen zwischen Flughafen, Hotels und Tagungsorten blockieren und den reibungslosen Ablauf des Machtspektakels empfindlich stören.", kündigte Emily Laquer an.

Von der erwarteten massiven Polizeipräsenz und den angekündigten Absperrungen wollen sich die Aktivist_innen nicht abhalten lassen. „Wir suchen nicht die Konfrontation mit der Polizei, aber wir werden uns auch nicht aufhalten lassen. Alle Menschen sind eingeladen und können teilnehmen, die ihr Nein zur kalten Welt des Neoliberalismus, ihr Nein zu den Kriegen der G20-Staaten, zum Klimawandel, der vom fossilen Kapitalismus verursacht wird, die stattdessen Ja sagen zu einer Welt der grenzenlosen Solidarität.", so Laquer.

Eine weitere, noch größere Aktionskonferenz ist für den März 2017 geplant..

Vive le Sabotage – Die Welt der G20 sabotieren!

In Hamburg treffen sich am 7. und 8. Juli die Staats-und Regierungschef*innen jener 19 Nationalstaaten und der EU, die die globalen Macht- und Herrschaftsverhältnisse seit Jahrzehnten dominieren. Wie die G8/G7 ist der G20 eine Verständigungs- und Repräsentationsplattform der Eliten, in deren Rahmen – abgeschirmt von 20.000 hochgerüsteten Sicherheitskräften – viel Heuchlerisches zu Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Wahrung der Menschenrechte gesagt und das Gegenteil davon praktiziert wird.

Seit den massiven Gipfelprotesten in Heiligendamm 2007 hat sich das weltweite Krisenregime dramatisch zugespitzt und es ist geradezu grotesk, dass sich die dafür Hauptverantwortlichen nun erneut als kompetente Krisenmanager*innen inszenieren wollen:

Die G20 stehen stellvertretend für eine kapitalistische Agenda der verschärften Konkurrenz und Profitmaximierung, des umwelt- und ressourcenvernichtenden Wachstumswahns und menschen-unwürdiger Ausbeutungsverhältnisse überall auf der Welt. Ihre Politik forciert und zementiert die globalen und lokalen sozialen Ungleichheiten. Die G20 sind kein einheitlicher Machtblock, ihre Akteur*-innen konkurrieren mit- und gegeneinander, führen nach Außen (Stellvertreter*innen)-Kriege wie in Syrien oder der Ukraine und profitieren vom Waffenexport in sämtliche Krisenherde dieser Welt. Zugleich perfektionieren sie im Inneren den lückenlosen Überwachungsstaat und die polizeiliche Aufrüstung. Um die Inseln des Wohlstands errichten sie Zäune und Mauern und verteidigen sie mit militärischen Mitteln, wobei der Tod Zehntausender, die vor den Verwüstungen ihrer Länder flüchten, achselzuckend zur Kenntnis genommen wird. Diejenigen, die beim G20 Gipfel zusammenkommen, stehen für genau diese Welt!

Dieses neoliberal-technokratische Regime erhält seit einigen Jahren wachsende Konkurrenz von rechtspopulistischen bis faschistischen Bewegungen, die klassenübergreifend nationalistische und sexistische Hetze betreiben, einen reaktionären Rollback in allen Bereichen anstreben und zuletzt den rassistischen und sexistischen Immobilienmogul Trump ins Weiße Haus spülten. Die Wahl Trumps steht symptomatisch für die bedrohliche Lage, in der wir uns 2017 befinden. Trump wird sich mit den brasilianischen Upperclass-Putschisten um Michel Temer, den Brexit-Populist*innen, den EU-Imperialist*innen um Merkel, mit dem Autokraten Putin und dem Klerikalfaschisten Erdogan u.a. in „bester" schlechter Gesellschaft wiederfinden.

Kreativ-militante Gipfelmobilisierungen in Seattle, Genua u.a. haben es schon einmal vermocht, dem Spektakel der Herrschenden einen Strich durch die Rechnung zu machen. Im Jahr 2017 nehmen sie sich erneut die großstädtische Bühne Hamburgs, um dort den temporären Ausnahmezustand auszurufen. Hamburg mit seinem Hafen inszeniert sich gerne als weltoffene Metropole, steht jedoch vor allem für den freien (Container-)Warenverkehr, während zeitgleich Tausende im Mittelmeer ertrinken.

Diese Bühne werden wir ihnen streitig machen!

Die globalen Machtverhältnisse sind immer auch umkämpft. An vielen Orten der Welt organisieren sich Menschen trotz widrigster Umstände für eine solidarische und emanzipatorische Welt, vielerorts in generationenübergreifenden, antikolonialen Widerstandstraditionen. Sie kämpfen gegen kapitalistische Ausbeutung und patriarchal-religiöse Bevormundungen: Selbstbewusste Arbei-ter*innen wie aktuell in Griechenland besetzen Fabriken und organisieren den Betrieb in solidarischer Selbstverwaltung, Landbesetzungsinitiativen von Kleinbäuer*innen in Brasilien, Bangladesh, den Philipinen und andernorts erkämpfen sich ein Leben in Würde, LGBT*IQ-Bewegungen streiten angesichts tödlicher Verfolgung für ein selbstbestimmtes Leben, Migrant*innen nehmen sich ihr Recht auf Bewegungsfreiheit, mutige Kämpfer*innen erschaffen selbstverwaltete Regionen wie in Rojava oder Chiapas.

Wir möchten unsere Utopien gegen die beschissene Welt der G20 in Stellung bringen. Es reicht uns! Wir wollen unsere Wut und unseren Widerstand unübersehbar auf die Straßen Hamburgs tragen!

Wir rufen alle Gruppen und Menschen aus Berlin auf, zum G20 zu fahren und den Gipfel zum Desaster zu machen! Ein knallendes Event ist schön, emanzipative Veränderungen und Widerstand gegen den reaktionären Rollback bauen allerdings auf den weniger hörbaren, jedoch unverzicht-baren Alltagskämpfen auf!

Davon gibt es auch hier zahlreiche. Versuchen wir sie wieder zusammenzubringen und mit dem Blick nach Hamburg kraftvoller werden zu lassen.

Daher rufen wir euch auf, euch an einer strategischen Debatte zu beteiligen, wie wir der Welt der G20 entgegentreten und emanzipatorische Kämpfe jeden Tag offensiv führen können. Diskutiert in Kleingruppen, organisiert Veranstaltungen, teilt eure Gedanken in Form von Texten. Um sie zu veröffentlichen und einen produktiven Austausch zu ermöglichen, haben wir folgende Diskussions-plattform eingerichtet: (s.u.)



Wir planen eine Berliner Vollversammlung am Samstag, den 28. Januar um 15 Uhr im Mehringhof. Achtet auf Ankündigungen auf dem Blog.

Wir stehen ein für eine soziale, solidarische und emanzipatorische Welt, die Unterdrückung, Hierarchien und alle Formen der Diskriminierung – auch in uns und in unseren eigenen Reihen – immer wieder in Frage stellt und bekämpft.

Herrschaft ist immer und überall angreifbar.

Kommt mit uns nach Hamburg! Nutzt die Zeit in Berlin!

https://antig20berlin.noblogs.org
Autonom-anarchistische AntiG20-Vernetzung Berlin

Hamburger Polizei gesteht nach Klage erneut rechtswidrige Praxis verdeckter Ermittlungen. 2. Pressemitteilung

Erneut kam es aufgrund einer Klage gegen eine verdeckte Ermittlung in den Jahren 2008 – 2012 zum Eingeständnis von der Hamburger Polizeibehörde, dass der Einsatz rechtswidrig war. Eine Betroffene des Einsatzes der Beamtin M. Bömichen hatte geklagt.

Zwei vorangegangene Klagen gegen den verdeckten Einsatz (2000 – 2006) der Beamtin I. Plate endeten ebenfalls in dem Eingeständnis der Rechtswidrigkeit. Dies zeigt deutlich, dass die Innenbehörde sich mit dem Einsatz verdekkter Ermittlungen regelhaft nicht an ihre Gesetzesgrundlagen hält. Faktisch hat sie sich im Rahmen der letzten drei Enttarnungen von verdeckten Ermittlungen in der radikalen Linken so lang wie möglich bedeckt gehalten. Dass es seitens der Innenbehörde überhaupt zu einem Eingeständnis kam hat mehrere Gründe: Zum Einen wird so eine öffentliche Auseinandersetzung, die im Rahmen eines Prozesses geschaffen worden wäre, verhindert. Zum Anderen will die Innenbehörde keinerlei weitere Informationen preisgeben – z.B. in Form von Akten oder Ladung der Beamt*innen vor Gericht.

Die Behörden möchten das Thema der verdeckten Tätigkeiten schnellst möglich wieder begraben. Bereits bei den Innenausschusssitzungen wurde seitens der Polizeibehörden immer nur zugegeben was definitiv nicht mehr zu leugnen war. So zeigte sich dieser Schlingerkurs zunächst im Abstreiten der Mitwirkung der Beamtin Plate beim Radio FSK. Von Seiten der Polizei hieß es dann, sie habe sich zwar beteiligt, aber dies stelle keine Verletzung der Pressefreiheit dar. Auf gerichtliche Klärung wollte es die Behörde jedoch doch nicht ankommen lassen und gestand die Rechtswidrigkeit ein.

Personen, die von verdeckten Einsätzen betroffen waren, wurden darüber nie benachrichtigt. Es ist allein den intensiven Recherchen und Veröffentlichungen zu verdanken, dass diese Einsätze überhaupt öffentlich wahrnehmbar und damit erst politisch und juristisch streitbar wurden. Es ist gelungen die Behörden bezüglich der Einsätze der Beamt*innen I. Plate, M. Böhmichen und A. Oppermann zeitweise unter Druck zu setzten. So muss auch zukünftigen verdeckt¬ eingesetzten Beamt*innen klar sein, dass ihre Person Teil einer öffentlichen Auseinandersetzung werden kann.

Im aktuellen Klagefall gegen den Einsatz von M. Bömichen ist das Eingeständnis unvermittelt nach Klageeinreichung erfolgt. Darin versucht die Polizeibehörde nun die Verantwortung dem Gesetzgeber zuzuschieben. Zuvor hatte die Innenbehörde allerdings mehrfach betont, dass an diesem Einsatz nichts zu beanstanden sei. Das wiederholte Einknicken bei Erhebungen von Klagen zeigt, dass das Thema schnell wieder aus der Öffentlichkeit verschwinden soll. Denn es ist klar: Die drei Enttarnungen von Plate, Böhmichen und Oppermann sind nur ein Bruchteil der tatsächlich eingesetzten Beamt*innen.

Wir gehen davon aus, dass auch derzeitig mehrere Polizeibeamt*innen verdeckt in unseren Strukturen ermitteln – insbesondere bei großen Gipfeln wie dem OSZE und dem G20. Es kommt dabei permanent zu einer Vermischung polizeilicher und geheimdienstlicher Tätigkeit – die aus gutem Grund aus den Erfahrungen der Jahre 1933¬45 einem Trennungsgebot unterliegt. Dabei bleibt es nicht allein bei Informationsgewinnung, sondern es wird aktiv auf politische Debatten Einfluss genommen. Verdeckte Ermittlungen bedeuten immer einen systematischen, auftragsgemäßen Vertrauensmissbrauch bis in privateste Lebensbereiche.

Unsere Forderung ist erneut bestätigt und klar: Verdeckte Ermittlungen abschaffen – egal ob polizeiliche oder geheimdienstliche! Für eine solidarische, soziale Gesellschaft für Alle!

AK Verdeckte Ermittlungen abschaffen

Empört euch – Beschwert euch – Wehrt euch! Ein Aufruf zum Widerstand gegen Abschiebungen

An alle Menschen in Hamburg

Vor ein paar Tagen, am 14.12.16, fand die erste Sammelabschiebung von Geflüchteten nach Afghanistan statt. Über 30 Geflüchtete aus mehreren Bundesländern wurden vom Frankfurter Flughafen aus in ein Land verbracht, in dem Krieg, Anschläge, Verfolgung und Gewalt (nicht nur) gegen Minderheiten, Hunger und Elend an der Tagesordnung sind – deshalb fliehen Menschen von dort, deshalb gilt dieses Land „noch nicht einmal" als sicheres Herkunftsland nach der Asylgesetzgebung und deshalb hat das Auswärtige Amt gerade erst seine Reisewarnung für Afghanistan erneuert.

Es ist Zeit, derart menschenverachtender Praxis ein Ende zu setzen! Während in den Fußgängerzonen und Wohnzimmern der Republik gerade die Zeit der Liebe und des Friedens gefeiert wird, werden täglich geflüchtete Menschen von rechtsextremen Mobs und „besorgten Bürgern" angegriffen – die Bundes- und Landesregierungen antworten nicht mit Schutz und einer entschiedenen Position gegen Gewalt und für grundlegende Rechte, sondern mit Asylpaketen, „sicheren Herkunftsländern" und gnadenloser Abschiebung in Elend und Tod. Darum gilt es, als Zivilgesellschaft entschlossen zu handeln!

• Wir rufen alle Menschen in Hamburg dazu auf, sich mit all ihren Mitmenschen solidarisch zu erklären – unabhängig von deren Herkunft, Aussehen oder Aufenthaltsstatus.

• Wir rufen dazu auf, geflüchtete Menschen beim Spießrutenlauf des Asylverfahrens zu unterstützen. Begleitet Menschen in Behörden, unterstützt sie mit Rechtsberatung, Geld, Sprachkenntnissen und bloßer Anwesenheit.

• Wir rufen dazu auf, rassistische Kontrollen auf der Straße nicht hinzunehmen, sondern einzugreifen, zu stören und zu verhindern. Wir rufen dazu auf, am Flughafen, an (Bus-)Bahnhöfen und anderswo Abschiebungen anzuprangern und (Flug-)Reisen mit Abschiebungen durch Weigerung zu stoppen.

• Wir rufen dazu auf, Menschen, die abgeschoben werden sollen, zu warnen, zu schützen, zu verstecken.

• Wir rufen auf zu Ungehorsam und Widerstand in allen Stadtteilen, allen Altersgrup-

pen und allen sozialen Gruppen.Alle, die in Hamburg in den vergangenen Jahren Willkommenskultur hochgehalten haben, die sich zusammengeschlossen haben in Hilfsinitiativen und Unterstützungsgruppen, rufen wir auf, ihre Hilfe durch Forderungen und Protest zu ergänzen. Geflüchtete Menschen lediglich bis zu deren Abschiebung zu unterstützen, erleichtert den Behörden nur ihre Arbeit.

• Wir rufen dazu auf, gegen die Isolation und die unmenschlichen Zustände in vielen Aufnahmelagern und Folgeunterkünften immer wieder vorzugehen und den Menschen vor Ort zu ihren Rechten zu verhelfen.

• Wir rufen dazu auf, Druck auf den Hamburger Senat auszuüben; den Grünen, die noch vor ihrer Wahl Versprechungen für eine bessere Flüchtlingspolitik gemacht haben, nicht durchgehen zu lassen, dass sie sich jetzt als Regierungspartei nicht nur stillschweigend, sondern aktiv an den Abschiebungen beteiligen, statt sich querzustellen.

• Wir rufen alle, die politisch aktiv sind, alle antirassistischen Gruppen und Personen, auf, sich zu organisieren und eine Protestkultur zu etablieren, die nicht überhört und übersehen werden kann.

• Wir rufen dazu auf, obwohl es an allen Ecken und Enden brennt, obwohl der G20 bevorsteht, gemeinsam eine Kraft aufzubringen, die die stetige Verschlimmerung der Situation für geflüchtete Menschen nicht nur kritisiert oder verlangsamt, sondern zum Stillstand bringt!

• Wir rufen dazu auf, sich auszutauschen und zu vernetzen, und im großen Zusammenschluss Widerstand wirksam zu machen.

Wir laden dazu ein, sich dem Bündnis Never mind the papers! anzuschließen und Solidarität praktisch werden zu lassen. Wir rufen auf zum Handeln für ein Hamburg des Bleibens, für ein Hamburg für alle!

Bündnis "Recht auf Stadt – never mind the papers!", Hamburg Dezember 2016



Remember Jaja Diabi

remember to act!
Gedenken heist handeln

Am 8.12. 2001 wurde Achidi John im Gerichtsmedizinischen Insitut, Leitung Klaus Püschel, zu Tode gefoltert. Der vom damaligen Innensenator Olaf Scholz eingeführte „Brechmitteleinsatz" war Ausdruck einer beispiellosen Jagd auf junge Schwarze Männer, denen vorgeworfen wurde mit geringen Mengen BtM gehandelt zu haben. Keiner der am Tod von Achidi John Beteiligten wurde dafür jemals zur Rechenschaft gezogen.

15 Jahre später – nichts hat sich geändert! Am 19.2. 2016 kommt Jaja Diabi mit 21 Jahren in der Untersuchungshaftanstalt Hanöfersand zu Tode. Der Vorwurf gegen ihn: er habe mit 1,65g Cannabis gehandelt. Den mutmasslichen Selbstmord diagnostiziert Prof. Klaus Püschel, Olaf Scholz ist mitlerweile Erster Bürgermeister Hamburgs.

Zwischen dem Tod Achidi Johns und Jaja Diabis liegen 15 Jahre. 15 Jahre in denen die Probitionspolitik der Hamburger SPD auf der Stelle tritt – und dabei über Leichen geht, 15 Jahre in denen sich am Feinbild schwarze Dealer und den rassistischen Polizeikontrollen kaum etwas geändert hat.

Wer Im Frühjahr glaubte der Tod Jaja Diabis würde bei staatlichen Insitutionen zu einem Nachdenken führen sah sich spätestens im April getäuscht. Er ist vielmehr der Auftakt zu einer beispielslosen Eskalation des „Kriegs gegen die Drogen" den ein anscheinend entfesselter Polizeiapperat vom Zaun bricht.

Eine Spezialeinheit, die sog. Taskforce wird gegründet, deren mehr als 50 Beamte täglich nichts anderes zu tun haben als sich immer neue Einsatztaktiken auszudenken. Als Flaschensammler oder Teilnehmer des Schlagermoves verkleidete Beamte überfallen hinterrücks junge Schwarze Männer, die Balduintreppe wird zum Teil über Tage von mehreren Einsatzfahrzeugen belagert. Zwischen April und November 2016 wurden rund 17.000 Menschen von dieser Taskforce kontrolliert, täglich finden sog. Schwerpunkteinsätze statt - der Aussnahmezustand, ist in St.Pauli, der Schanze und St.Georg heute Alltag.

Der Zustand in den unsere Viertel versetzt worden sind ist für uns unerträglich, die Ignoranz vieler gegenüber der Lebenssituation der Drogenarbeiter ist nur schwer auszuhalten, die blanken Lügen und rassistischen Stereotypen mit denen Polizei und Senat agieren machen uns sprachlos.

Am Todestag Jaja Diabis wollen wir diesen Zustand für ein paar Stunden durchbrechen, und unsere Wut und Trauer zum Ausdruck bringen.

Am Tag davor findet im Centro Sociale ein kleiner Kongress statt, in dem wir uns mit Inis aus anderen Städten und spektren darüber austauschen wollen wie ein Vergessen der Opfer verhindert werden kann, welche Strategien es gegen rassistische Kontrollen andernorts gibt, und welche Perspektiven wir es für Menschen jenseits der Drogenarbeit geben könnte.

Workshop:
Was tun bei rassistischen Polizeikontrollen?
21.1. ab 11:00, Butt-Club / Hafenstraße 126

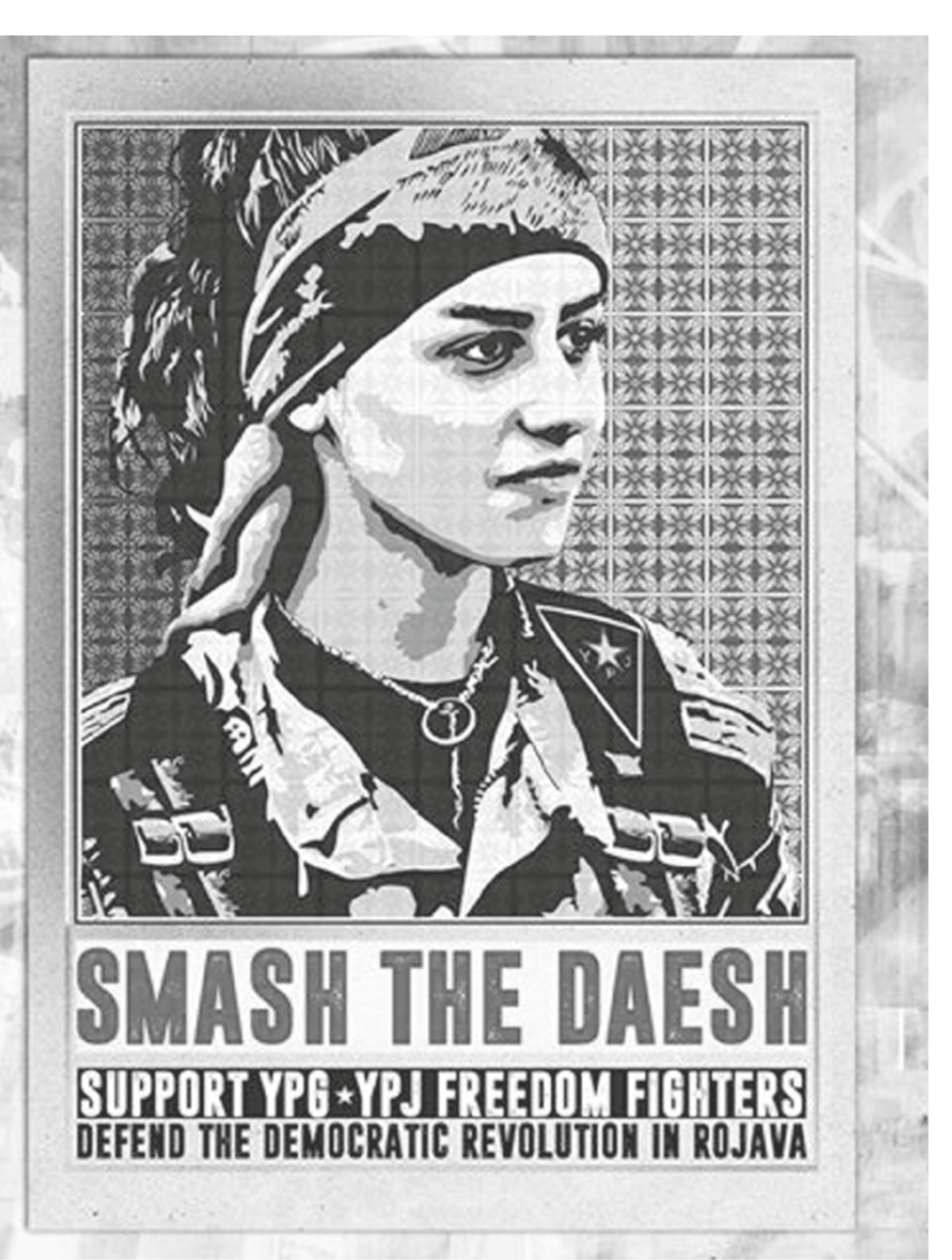
Remember to act! Konferenz
18.2. ab 10:00, Centro sociale

Gedenkkundgebung
Remember Jaja Diabi
19.2. ab 16:00, Park fiction / St.Pauli

weitere Infos unter:
https://deadbylaw.blackblogs.org

Solidarität mit der linken Widerstandsbewegung in der Türkei und Kurdistan

Staatsterror, Verhaftungen und Hinrichtungen prägen die momentane Situation der Türkei. Bereits in der Phase zwischen den beiden Wahlen bzw. nach der Wahlniederlage der AKP im Juni 2015 hat sich gezeigt, dass Erdogan und seine AKP zum Machterhalt auf Terror setzt, um einem System der diktatorischen Alleinherrschaft näherzukommen. Innerhalb von zwei Jahren hat die AKP-Regierung das Militär entmachtet, die zentralen Schaltstellen des türkischen Staates mit AKPlern besetzt und die Opposition durch Verhaftungen faktisch ausgeschaltet. Währenddessen wurden zudem Anschläge, Massaker auf die kurdische Bewegung ausgeübt und das türkische Militär ist in Bakur/ Nordkurdistan einmarschiert. Nach dem gescheiterten Putschversuch am 15. Juli 2016 wurde der Notstand ausgerufen, um das angestrebte System der Alleinherrschaft explosionsartig voranzutreiben. Grundlegende Rechte wie Meinungsfreiheit, Presse- oder Versammlungsfreiheit wurden ausgesetzt und momentan wird sogar über die Einführung der Todesstrafe diskutiert. Die massiven Verhaftungswellen nach dem Putsch, die sich zunächst auf die Gülen-Anhänger innerhalb des Staatsapparates, das Militär und Beamte im Bildungsbereich richtete, wurden nach und nach auch gegen jegliche andere Opposition ausgeweitet, die im Widerspruch zur AKP steht. Medien wurden ab- und gleichgeschaltet und GewerkschafterInnen verhaftet. Eine weitere krasse Eskalationsstufe waren die Verhaftungen der Ko-Vorsitzenden und weiterer Abgeordneter der prokurdischen Partei HDP (Demokratische Partei der Völker). Ziel ist SympathisantInnen und UnterstützerInnen der kurdischen Befreiungsbewegung einzuschüchtern, den kämpfenden Widerstand in der Türkei auszuschalten und die Solidarität der Bevölkerung zu brechen.



Präsidialdiktatur und Klassenkampf von oben

Die AKP vertritt mittlerweile die Interessen von einem Großteil des türkischen Kapitals. Daher liegt es in ihrem Interesse günstige Bedingungen zur Ausbeutung im eigenen Land, aber auch Investitionsmöglichkeiten in den umliegenden Nachbarländern zu schaffen.

Das deklarierte Hauptproblem, bei der Umsetzung und Sicherung dieser Interessen, ist die kurdische Freiheitsbewegung. Die Kapitalisten können aufgrund der Bewegung weder in Rojava – der selbstverwalteten Region in Syrien – noch in Bakur in ihrem Sinne handeln. Hinzu kommt die linke Opposition in den türkischen Metropolen, die mit der HDP ihren Ausdruck im Parlament gefunden hat. Dieser umfassende Widerstand führt dazu, dass Erdogan und auch die türkischen Firmen und Unternehmen, die dort viel Kapital angelegt haben, an Einfluss im Nahen und Mittleren Osten verlieren. Konkret geht es um dort vorhandene Rohstoffe wie Öl, um die Absicherung von Importen und Exporten, sowie um die Kontrolle von Handelswegen. Diesen politischen Einfluss versucht sich die AKP, den sie durch die kurdischen und linken Kräfte behindert sieht, mit militärischer Gewalt zurück zu holen.

Die Abschaffung der Meinungs- oder Pressefreiheit in der Türkei ist ein weiteres Element des geführten Klassenkampfes der herrschenden Klasse gegen RevolutionärInnen und auch sonstige KritikerInnen. Das aggressive Durchgreifen der AKP im Land resultiert aus der Angst um den Verlust ihrer Herrschaft. Auch andere Parteien, wie die faschistische MHP oder die kemalistische CHP, sowie große Teile der türkischen Bourgeoise, stellen sich hinter die AKP und damit gegen die revolutionären Kräfte.

Die Angriffe auf die HDP sind aber nur ein Pfeiler der Repression. Gleichzeitig werden andere erkämpfte Felder der revolutionären Bewegungen zerschlagen, was die Inhaftierung von linken OberbürgermeisterInnen zeigen. Allgemein gehören Verhaftungen von AktivistInnen mittlerweile zum Alltag. Doch auch die Infrastruktur wird angegriffen: So wurden bereits 370 Vereine

verboten und geschlossen, unter ihnen ein linker Frauenverband und ein Verband linker RechtsanwältInnen. Diese Angriffe sollen die revolutionäre Perspektive zerschlagen, die mit der Einheit der Revolutionären Parteien und Gruppen (HBDH) immer mehr Form annimmt.
Die Selbstverwaltung der kurdischen Bevölkerung stellt ein konkretes Gegenmodel zu der jetzigen Alleinherrschaft von Erdogan dar. Seit 2015 wird Bakur, unter Einsatz von Kampfflugzeugen, vom türkischen Staat angegriffen. Über Monate hinweg kämpfen die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten gegen diese Angriffe an, um ihre demokratische Selbstverwaltung zu verteidigen. Der türkische Staat hat in Nordkurdistan die Erfahrung machen müssen sich mit einem Widerstand konfrontiert zu sehen, der die Grundpfeiler der Herrschenden ernsthaft bedroht.
Durch den Ausbau des politischen Einflusses der AKP in der Türkei erhofft sich auch die türkische Bourgeoise mehr Macht. Die Festigung der Herrschaft im Innern ist dabei essentiell, um außenpolitisch agieren zu können und dem Ziel eine Regionalmacht im Nahen und Mittleren Osten zu werden Schritte näher zu kommen. Dabei ist jedes Mittel Recht.
Um sich als Regionalmacht zu etablieren, arbeitet der türkische Staat sowohl mit seinen NATO-Partnern als auch mit Russland oder der reaktionären KDP – der südkurdischen Autonomieregierung – eng zusammen. Unter dem Banner des „Kampfes gegen den IS“ mischen zahlreiche Akteure im Krieg in Syrien mit. Auch die Türkei ist (als Teil der Freien Syrische Armee) in Nordsyrien einmarschiert. Den außenpolitischen Kurs wechselt die Türkei dabei beliebig: Mal soll Assad gestürzt werden, dann wird kooperiert. Mal wird Russland die Feindschaft ausgerufen, dann gilt Schmusekurs. Mit Taktiererei versucht Erdogan Russland und USA und weitere mächtige imperialistische Aggressoren immer wieder zu seinen Gunsten gegeneinander auszuspielen. Konstant bleibt aber ein Interesse: Sich den einen Freifahrtschein für Rojava zu holen. Denn das tatsächliche Ziel ist nicht die Bekämpfung des IS, sondern die Vereinigung der beiden befreiten Kantone Rojavas zu verhindern und den entscheidenden Einfluss auf Region und Nachbarländer zu erlangen. Andernfalls wäre die türkisch-syrische Grenze eine befreite Zone der kurdischen selbstverwalteten Region, wodurch der Türkei der Zugang zu Syrien verwehrt bleiben würde.

Internationale Solidarität geht nicht ohne Antikapitalismus und Antikapitalismus geht nicht ohne internationale Solidarität.

Der Widerstand der kurdischen Freiheitsbewegung stellt ein Problem für gleich mehrere Reaktionäre und ihr interessengeleitetes Vorgehen dar. Er ist ein Problem für die regionalen Kräfte, sowie für die imperialistischen Kräfte, die in Syrien ihr Unwesen treiben. In der Türkei selber erschwert zusätzlich der Widerstand der RevolutionärInnen die Alleinherrschaft Erdogans. Es gibt immer wieder neue Ansätze von unterschiedlichen demokratischen und fortschrittlichen Organisationen und Strukturen eine gemeinsame Front zu bilden.
Als proletarische InternationalistInnen ist es wichtig ein Bezug zu den fortschrittlichen Kämpfen aufzubauen, von ihnen zu lernen und die Solidarität praktisch werden zu lassen. Gleichzeitig müssen wir die Rolle und die Zusammenarbeit des deutschen Imperialismus aufzuzeigen.
Denn auch Deutschland, als imperialistisches Land, hat das Interesse seine Kapitalanlagen zu schützen und geostrategische Interessen umzusetzen. Das spiegelt sich in der Beziehung zur Türkei wider. Die tagtägliche Verschärfung der Situation in der Türkei und das immer autoritärer und diktatorische Vorgehen der Regierung gegen die eigene Bevölkerung, ist für Deutschland nebensächlich - dafür stehen zu wichtige Interessen auf dem Spiel. Die Türkei ist Ort von riesigen deutschen Kapitalinvestitionen, ein wichtiger Handelspartner und der Torwächter Europas gegenüber fliehenden Menschen.
Auch in Deutschland wird die kurdische und türkische Linke mit Repression konfrontiert. Das schon seit 1993 bestehende PKK-Verbot und der §129b, welcher die Bildung terroristischer Vereinigungen zum Inhalt hat, wird immer häufiger genutzt, um die kurdische Bewegung in Deutschland zu kriminalisieren. Dabei werden Tätigkeiten – wie die Organisation von gemeinsamen Busfahrten, Spendensammeln, oder das Engagement in legalen Parteien – zum Anlass genommen, AktivistInnen festzunehmen und sie in U-Haft wie etwa in Stammheim zu halten. Höhepunkt ist das momentane Verfahren gegen zehn AktivistInnen der ATIK (Konföderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Europa), die wegen einer Mitgliedschaft bei der TKP/ML(Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten) angeklagt sind. Absurderweise ist die TPK/ML in Deutschland eine legale Struktur und nicht als terroristisch eingestuft. Dies zeigt Beliebigkeit mit dem Paragraphen und den politischen Charakter der Repressionsorgane. Der §129, dient dazu linke und revolutionäre Gruppe als „terroristisch“ zu diffamieren und sie zu kriminalisieren.
Durch Verschärfung der Repressalien gegen kurdische und türkische linke AktivistInnen wird die Türkei in ihrem Vorgehen aktiv unterstützt, zugleich wird versucht die linke Bewegung auch hier in Deutschland einzuschüchtern. (…)
Internationale Solidarität aufbauen! Hoch die Internationale Solidarität!

Arbeitskreis Internationalismus Stuttgart

★ ★ ★ ★ ★

An allen Fronten

Jahresrückblick 2016. Kurdistan. Die türkische Regierung legt kurdische Städte in Trümmer und marschiert in Syrien ein

Vor nicht allzu langer Zeit feierten Millionen Menschen im Südosten der Türkei eine historische Deklaration, die Frieden in die umkämpfte Region bringen sollte. Zum kurdischen Neujahrsfest (Newroz) im März 2013 verkündete der inhaftierte Chef der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan: »Endlich beginnt eine neue Ära, nicht die Waffen werden im Vordergrund stehen, sondern die demokratische Politik.« Etwas mehr als drei Jahre nach der Newroz-Erklärung Öcalans liegen zahlreiche Städte Nordkurdistans (Bakur) in Schutt und Asche. Zerstört auf Geheiß des autoritär herrschenden Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan und seiner Regierungspartei AKP, die aus innen- wie außenpolitischem Kalkül Mitte 2015 den sogenannten Friedensprozess mit der PKK abgebrochen und eine Militäroffensive gestartet hat. Sur, die historische Altstadt der Millionenmetropole Diyarbakir (kurdisch: Amed), ist heute weitgehend zerstört; in Städten wie Sirnak (Sirnex), Nusaybin (Nisebin) oder Cizre (Cizir) prägen Ruinen das Bild. Hunderttausende Menschen befinden sich auf der Flucht, viele harren in Zelten aus. Die humanitäre Situation ist katastrophal. Amnesty International spricht von »kollektiver Bestrafung« der kurdischen Bevölkerung. Erdogan selbst erklärte, man werde die kurdische Bewegung »vernichten« und die Städte im Südosten der Türkei »Meter um Meter säubern«.

Das Jahr 2016 wird in dieser Region als das Jahr der »Ausgangssperren« in die Geschichte eingehen: Truppen des türkischen Militärs und faschistische Sondereinheiten der Polizei belagerten die Hochburgen der kurdischen Befreiungsbewegung und brachen den Widerstand spontan entstandener Zivilverteidigungseinheiten (YPS) mit roher Gewalt. Wohnviertel wurden mit Panzern und Artillerie angegriffen, Scharfschützen beschossen jeden, der es wagte, die Straße zu betreten. Auch die Luftwaffe kam zum Einsatz und international geächtete Clusterbomben wurden abgeworfen. Hunderte Zivilisten starben, Tausende wurden verletzt.
Zum Symbol des Terrors wurde das Massaker von Cizre im Februar. Die türkische Armee beschoss unbewaffnete Zivilisten und Verletzte, die in Kellern von Wohnhäusern Zuflucht vor den Gefechten suchten. Anschließend wurde Benzin in die Keller eingeleitet und in Brand gesetzt, mehr als hundert Menschen starben. »Es war die Menschlichkeit selbst, die in Cizre verbrannt wurde«, erklärte der HDP-Abgeordnete Faysal Sariyildiz im September vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen.
Auf die militärischen Auseinandersetzungen folgte die Zerschlagung auch der legalen Vertretungen der Kurden. Dutzende Mandatsträger der linken Parteien HDP und DBP wurden inhaftiert und einige von ihnen gefoltert. Kurdische Lehrer wurden entlassen, Hilfsvereine verboten. Das offenkundige Ziel der AKP besteht in der Zerschlagung aller politischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen der kurdischen Minderheit.

Einmarsch in Syrien

Während die Repression gegen Kurden in der Türkei immer schärfere Züge annahm, erklärte Ankara am 24. August 2016 den Beginn der Militärmission »Schild des Euphrat«. Türkische Truppen überschritten die Grenze zu Syrien und eroberten, im Verbund mit zahlreichen islamistischen Milizen, zunächst die Grenzstadt Dscharabulus. Zwar wurde als Vorwand für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg die Bedrohung der Türkei durch den »Islamischen Staat« (IS) inszeniert, gleichwohl ließ Staatspräsident Erdogan keinen Zweifel daran, was das tatsächliche Ziel der Operation war: Die im kurdischen Norden Syriens (Rojava) hegemoniale Partei der Demokratischen Union (PYD) und ihre Volksverteidigungseinheiten (YPG) sollten geschwächt und zurückgedrängt werden.
Die YPG war – zusammen mit arabischen, assyrischen und anderen Milizen – dabei, zwischen den Kantonen Afrin (Efrin) und Kobani eine Verbindungslinie freizukämpfen. Damit wäre die gesamte syrisch-türkische Grenze unter der Kontrolle der Kurdenpartei und ihrer Verbündeten gewesen. So aber besetzten die von der Türkei unterstützten dschihadistischen Banden bis Ende 2016 einen Korridor zwischen Afrin und Kobani, immer wieder kam es zu direkten Angriffen türkischer Artillerie und Luftwaffe auf Stellungen der YPG. Bei einer dieser Attacken starb auch ein deutscher Freiwilliger, der in den Reihen der Volksverteidigungskräfte kämpfte.
Der Krieg in Syrien war im Jahr 2016 geprägt durch wechselnde Bündniskonstellationen. Unterstützte etwa die imperialistische Hauptmacht USA den Vormarsch der kurdisch dominierten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) in Richtung der IS-Hochburg Rakka, gab Washington der Türkei dennoch grünes Licht, um im Zuge der Operation »Schild des Euphrat« gegen die Kurden vorzugehen. Die YPG ihrerseits lieferte sich zeitweise Gefechte mit Assad-treuen Kräften in Al-Hasaka, kooperierten aber während des Kampfes um Aleppo zugleich mit der regulären Syrisch-Arabischen Armee.
Insgesamt ist es der PYD gelungen, 2016 im Chaos des syrischen Krieges ihre Stellungen zu halten und auszubauen. Das Projekt, basisdemokratische, geschlechtergerechte Strukturen in Rojava aufzubauen, wurde auch unter schwierigsten Bedingungen weiter vorangetrieben.

Basur und Rojhelat

Weniger mediale Beachtung als Rojava und Bakur erfuhren jene beiden Teile Kurdistans, die auf irakischem (Basur) und iranischem Territorium (Rojhelat) liegen. Dabei ist gerade die Bedeutung der politischen Verschiebungen in der Autonomen Region Kurdistan (KRG) auf dem Gebiet des Nordirak auch für Syrien und die Türkei nicht zu unterschätzen.
Dort, an der Grenze zur Türkei liegt das Kandilgebirge, das Hauptquartier der kurdischen Guerilla HPG. Weiter im Süden der KRG kämpfen PKK-Einheiten in Sengal (Sindschar) und an der Kirkuk-Front gegen den IS. Diese Hausmacht der Kurden ist der Türkei ein Dorn im Auge. Deshalb betonen AKP-Sprecher seit Monaten, diese »Bedrohung« nicht mehr hinnehmen zu wollen. Ankara liebäugelt mit einem Einmarsch im Nordirak. Eine Truppenverlegung in das Grenzgebiet fand bereits statt.
Im Iran baut die PKK-Schwesterpartei PJAK derzeit eine »demokratische Front« für alle Iranerinnen und Iraner auf. »Jede Regionalmacht, insbesondere der Iran, die Türkei, der Irak und Syrien, ist verantwortlich für einen Teil der Krise. Würde in diesen Nationen der Weg zu Frieden und Demokratie beschritten, wäre es nie zu dieser Situation der Krise und des Krieges gekommen«, stellte die Kovorsitzende der PJAK, Zilan Vejin, im Dezember fest. »Alle demokratischen, sozialistischen, linken, feministischen Kräfte und alle, die daran arbeiten, einen nachhaltigen Weg zu öffnen, sollten an der Schaffung einer demokratischen Front teilnehmen«, schlug sie vor.

BRD hilft Erdogan

Während sich bereits im Vorjahr abgezeichnet hatte, dass in Bakur eine Zuspitzung der militärischen Auseinandersetzungen stattfinden würde, war das Jahr 2016 geprägt durch Kämpfe an nahezu allen Fronten Kurdistans. Die durch imperialistische Interventionen und die neoosmanische Politik der Türkei forcierte Krise der gesamten Region betrifft alle vier Teile Kurdistans.
Mit der Eskalation der Gewalt im Südosten der Türkei bezog im zum Ende gehenden Jahr dann auch die Bundesregierung deutlicher Stellung: Zwar kritisierte man verbal zuweilen die nicht zu verleugnenden Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung in Ankara. In der Praxis allerdings wurde die Verfolgung kurdischer Oppositionskräfte im Exil ausgeweitet. Bundesinnenminister Thomas de Maizière bekundete am 16. November am Rande der Jahrestagung des Bundeskriminalamts, man sei »offen und bereit« für eine deutsch-türkische Kooperation gegen kurdische Exilaktivisten. Mehr als ein Dutzend Menschen müssen sich wegen angeblicher »Terror«-Unterstützung vor deutschen Gerichten verantworten.
Das lukrative Geschäft mit dem Krieg spülte auch 2016 wieder Millionen in die Kassen deutscher Rüstungsunternehmen. Während die mit Sig-Sauer- sowie Heckler-und-Koch-Gewehren ausgestatteten Spezialeinheiten der Polis Özel Harekat in Bakur mordeten, verzehnfachte sich die Ausfuhr von Kleinwaffenmunition. Die Türkei rückte von Platz 25 auf Platz 8 der wichtigsten Abnehmerländer deutscher Projektile vor.

Von Peter Schaber

Interview mit dem anarchistischen Gefangenen Nikos Maziotis aus Griechenland.

Das Gespräch wurde schriftlich auf englisch geführt. Nikos ist 2016 zu lebenslänglich verurteilt worden. Redaktion des „Gefangenen Info“

Nikos, du hast geschrieben:
„Die anarchistische anti-autoritäre Bewegung hat nicht das Niveau der anderen sozialen Bewegungen und Volksmassen übertroffen, die mit den Kräften der Unterdrückung aneinandergeraten sind und wiederholt versucht haben in das griechische Parlament bei den großen Demonstrationen zwischen 2010 und 2012 zu gelangen.“
Unserer Fragen dazu:
Was ist deine Kritik bezüglich der Besetzung des Parlaments? Zu legalistisch und illusionär, weil die Machtfrage nicht auf diese Art und Weise gestellt werden kann?
Ist das Parlament nicht der richtige Platz, weil Entscheidungen wo anders getroffen werden?

Ich widerspreche nicht dem Versuch der Besetzung des Parlaments. Ich beteiligte mich an einigen der Demonstrationen im Oktober 2011 und Februar 2012, bei dem tausende von Menschen und GenossInnen mit den Riot-Cops gekämpft haben mit dem Bestreben in das Parlament zu gelangen.
Das Parlament ist der Platz an dem die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, die Entscheidungen zur Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung trifft.
Durch das Parlament wurden alle Maßnahmen und Programme zur „Rettung“ für die internationalen Organisationen, IWF, EZB und Europäische Kommission, eingeführt.
Meine Kritik bezieht sich darauf, dass die anarchistische antiautoritäre Bewegung keine politische Positionen gegen die Politik des „Memorandums“ und gegen die Kreditprogramme hat, die der IWF, EZB, die europäische Kommission und der griechische Staat gegen die griechische Bevölkerung verhängt hat.



Die „Bewegung“ konnte der Bevölkerung keine Alternative zu dieser Politik vorschlagen.
Die „Bewegung“ hatte keine Analyse und keine politische Position über die Probleme unserer Zeit: die Schulden, das Memorandum, die Euro-Zone, die europäische Union.
Die „Bewegung“ hatte keine Analyse der ökonomischen Krise des Kapitalismus.
Zum Beispiel gab es keine Antwort auf die Dilemmas „in der Eurozone bleiben, oder raus“ oder „in der Europäischen Union bleiben, oder raus“, Euro oder Drachme.
So ist die Besetzung des Parlaments nicht genug, um eine generelle Lösung auf die Probleme, eine revolutionäre Lösung auf die Krise zu finden.
Die einzige Intervention der Anarchisten auf die Ereignisse der Periode war die Beteiligung an den Riots vor dem Parlament mit tausend anderen Menschen.
Aber dies war nicht genug und die Riots und die Demonstrationen von tausenden von Menschen haben die Umsetzung der Politik, die von dem IWF, der EZB und der EU verhängt wurden, nicht stoppen können.
Generell ist die anarchistische antiautoritäre Bewegung in einer großen Schwächen und das ist der Grund warum sie nicht als eine revolutionäre Bewegung mit klaren Positionen organisiert werden kann. Das ist der Grund warum die Bewegung keinen Einfluss auf die Massen haben konnte, die gegen die Politik des Memorandums demonstriert hatte.
Sie konnte nicht die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft vorschlagen.
Die Nicht-Existenz einer realen revolutionären Bewegung mit antikapitalistischen und antiautoritären Charakteristischen, die eine soziale Revolution als eine Antwort auf die Krise und der Rettungspolitik des Systems vorschlägt, ist der Grund, dass die Demonstrationen und die Riots der Periode von 2010-2012 niedergeschlagen wurde.
Das ist der Grund, dass seit 2012 der soziale Widerstand und die Streiks weniger und nicht massiver geworden sind.
Die Menschen haben ihre Hoffnung verloren und sie glauben nicht, dass die Streiks und Demonstrationen die Politik der griechischen Regierung ändern werden.
Ein anderes Resultat der Demonstrationen 2010-2012 war, dass viele Leute und GenossInnen in den Wahlen von Mai-Juni 2012 und Januar 2015 Syriza mit der Illusion gewählt haben, dass eine linke Regierung wie Syriza die Situation ändern würde und die Gläubiger bekämpfen würde.
Syriza versprach, als sie in der Opposition war, dass sie die Rettungsprogramme – die Kreditvereinbarungen – abschaffen würde und eine sozialdemokratische Politik durchführen würde.
Nach ein paar Monaten wurde der Widerspruch offensichtlich, weil Syriza die gleiche Politik wie die vorhergegangene Regierung fortsetzte und für das 3. Memorandum stimmte. Bei der 3. Kreditvereinbarung 2015 stimmten sogar die 62% der Leute, die an dem Referendum von 5. Juli 2015 teilnahmen, gegen die Forderungen der Gläubiger.
Der Revolutionäre Kampf sagte in der Erklärung, in der wir die Verantwortung für den Angriff gegen die Bank von Griechenland und das Büro der dauerhaften Repräsentanten des IWF in Griechenland übernahmen, dass wenn Syriza weiterhin in der Opposition wäre, dass die sozialdemokratischen Programme der Syriza nicht realistisch seien und wenn sie zur Regierung würden sie ein neoliberales Programm und Maßnahmen einführen und das Memorandum akzeptieren würden wie die anderen Regierungen zuvor.
Was wir 2014 vor den Wahlen gesagt haben wurde 2015 verifiziert.
Diese schlimme Entwicklung, die Niederschlagung der Demonstrationen von 2010-2012, die Weiterführung der Politik des Memorandums – die Kreditvereinbarung von IWF, EZB, Europäischer Kommission in den letzten 6 Jahren, die Wahl des 3. Memorandums der linken Regierung unter Syriza, dies alles sind Resultate der Nicht-Existenz einer revolutionären Bewegungen.

Der Revolutionäre Kampf (RK) erklärt seit 2009, dass die Krise eine Möglichkeit für eine soziale Revolution in Griechenland ist und die anarchistische antiautoritäre Bewegung eine revolutionäre Bewegung aufbauen muss mit klaren politischen Position, eine Bewegung die notwendigerweise den bewaffneten Kampf nutzt, um das Regime zu stürzen.
In der Frage, ob das Parlament als ein Ort genutzt werden kann wo die Bevölkerung ihre Entscheidungen treffen können, ist meine Antwort Nein.
Was zählt ist nicht der Platz oder das Gebäude des Parlaments, sondern das was das Parlament repräsentiert. Ich bin ein Anarchist und natürlich bin ich gegen die bürgerliche Demokratie und die parlamentarische Demokratie der Bourgeoise.
Ich unterstütze die „direkte Demokratie“, wenn die Bevölkerung in den Versammlungen an denen sie überall wo sie stattfinden, am Arbeitsplatz, in den Communities, in den Nachbarschaften der Städte, den Krankenhäusern, Schulen, Universitäten, überall, teilnimmt, redet und entscheidet.
Als Anarchist unterstütze ich ein konföderalistisches System, das den Staat und die Marktwirtschaft ersetzt. Ein konföderalistisches System, das große Versammlungen (Anm. d. Übersetzers:‚assembleas‘), Arbeiterräte einschließt. Für die Kooperation oder die Koordination aller Volksversammlungen, der Räte, der Kollektive, der Kommunen, müssen die Delegierten der Gremien gewählt werden und direkt abberufen werden können, nicht nach 4 Jahren wie bei der Regierung der bürgerlichen Demokratie.

Die Tradition der revolutionären und Arbeiterbewegung hat viele Beispiele von Experimenten direkter Demokratie wie die Pariser Kommune 1871, die die erste Revolution war, bei der die Arbeiterklasse ihre Macht demonstrierte, wie die Soviets (Anm. d. Übersetzers: Räte) in Russland bevor die Bolschewiken sie in ein Werkzeug der Diktatur umwandelten, wie die Räte der Arbeiter und Soldaten in der deutschen Revolution 1918-19, wie die Arbeiterkomitees und Kollektive der Bauern in der spanischen Revolution und im spanischen Bürgerkrieg 1936-39.

Heute gibt es Experimente des Kommunalismus der Zapatisten im Südosten Mexikos in Chiapas und des demokratischen Konföderalismus in Kurdistan, die auf Volksversammlungen in den kurdischen Gemeinden und Städten basiert, z.B. in Rojava und anderen Gebieten Kurdistans. Ich glaube nicht, dass die Zerstörung des Kapitalismus und des Staates durch das Parlament der bürgerlichen Demokratie zu Stande kommt, sondern durch eine bewaffnete soziale Revolution.
Natürlich sollten wir in unserem Kampf alle Formen nutzen: Demonstrationen, Besetzungen, selbstorganisierte Strukturen, aber wenn wir eine Revolution machen wollen, dann ist es notwendig den bewaffneten Kampf zu nutzen, um das Regime zu stürzen und das revolutionäre Experiment zu schützen.
In der letzten Erklärung (Anm. d. Übersetzers: des Revolutionären Kampfes) von 2014, die sich auf den Angriff auf eine Filiale der Bank von Griechenland und auf das Büro des Vertreters der IWF, bezog, erklärte der Revolutionäre Kampf, dass ein revolutionärer Prozess in Griechenland heute mit einbeziehen sollte:

• Die Verweigerung der Zahlung der Schulden,
• Der Austritt aus der Euro-Zone und der europäischen Union,
• die Enteignung des kapitalistischen Eigentums, der Banken, der multinationalen und griechischen kapitalistischen Firmen und die Enteignung des Staatseigentum,
• die Vergesellschaftung des Eigentums von Kapitalisten und des Staates, die Vergesellschaftung der Industrie, der Transports-, Bildungs-, Gesundheitsstrukturen und die Selbstverwaltung von diesen durch die Arbeiter und das Volk,
• die Zerstörung des Staates und die Ersetzung durch ein konföderalistisches System, das alle Versammlungen und Räte überall, an den Arbeitsplätzen, in den Dörfern, in den Stadtteilen von Städten, mit einschließt,
• die Zerstörung der Polizei und der Staatsarmee und die Ersetzung von diesen durch eine bewaffnete Miliz, einer Art Volksarmee.

Der Revolutionäre Kampf schlug ein spezifisches politisches Programm vor und rief die anarchistische-antiautoritäre Bewegung zu einem Dialog dazu auf, wie eine revolutionäre Bewegung mit klaren politischen Positionen entstehen kann, aber unglücklicherweise passierte dies nicht.

Was ist dein Standpunkt zur Funktion von Deutschland im Verhältnis zu Europa und Griechenland?

Ich glaube, dass die Rolle Deutschlands innerhalb der europäischen Union und was die griechische Schuldenkrise, sowie generell der Schuldenkrise in Europa angeht, sehr wichtig ist.
Wir sollten nicht vergessen, dass Deutschland zusammen mit anderen Ländern, wie Frankreich, in den 50zigern zur Entstehung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beigetragen hat. Als das am weitesten entwickelte Land in Europa unterstützt (Anm. des Ü.: Deutschland) die vollständige Umsetzung der Vereinbarungen der Europäischen Union, wie die zu Stabilität und Entwicklung von Lissabon, die die Schulden der europäischen Länder betrifft und die Reduzierung des Defizits auf 3% des Bruttoinlandsproduktes festlegt.

Was die griechische Schuldenkrise angeht, so hat Deutschland eine wichtige Rolle für die vollständige Umsetzung der harten Austeritätsmaßnahmen der Kreditvereinbarungen seit 2010.
Mit anderen Ländern, wie Frankreich, Finnland, Österreich, der Slowakei und der baltischen Staaten, hat Deutschland immer eine harte Position gegen Griechenland vertreten.
Seit dem Beginn wollte Deutschland keinen Schuldenschnitt für die griechischen Schulden, weil viele deutsche Banken wie die Deutsche Bank, die Postbank und Commerzbank den griechischen Schulden ausgesetzt sind.
So würde ein Schuldenschnitt der griechischen Schulden einen großen Schaden für die deutsche Banken bedeuten.
Als 2012 der Schuldenschnitt erfolgte wurden nicht nur die deutschen Banken ihre Anteile an den Schulden Griechenlands los und der Schaden blieb für sie gering.
Die Politik Deutschlands hat antideutsche Gefühle in einem großen Teil der griechischen Bevölkerung hervorgerufen und viele politische Kräfte, von extrem rechten Kräften bis hin zu extrem linken Kräften schüren diese Gefühle. Aber Deutschland ist nicht der einzige Verantwortliche für die Konfrontationen mit der griechischen Schuldenkrise und für die Strafposition Griechenlands in der Europäischen Union.
Frankreich hat die selbe Position, weil französische Banken wie die Societe General, Credit Agricole und andere auch den griechischen Schulden ausgesetzt sind.
Daher wollte Frankreich aus den selben Gründen keinen Schuldenschnitt seit 2010 und unterstützte die vollständige Umsetzung der harten Austeritätsmaßnahmen der Kreditvereinbarungen.
So ist das Problem nicht der „schlechte“ Schäuble oder die „schlechte“ Merkel, sondern die Struktur der Europäischen Union.
Die Europäische Union ist eine Allianz der kapitalistischen Klassen Europa, aber manche von ihnen dominieren, wie die der deutschen, französischen, britischen und anderen.
Eine revolutionäre Perspektive muss die Zerstörung der Europäischen Union beinhalten, aber dies ist nur ein Teil der revolutionären Perspektive in Europa mit antika-

pitalistischen Charakteristiken, was mit dem Brexit bewiesen wurde.
Auch extrem rechte politische Kräfte und Nationalisten haben eine anti-europäische Rhetorik.
Der Brexit wurde unterstützt durch Nationalisten wie Nigel Paul Farage , der ein Regime des nationalen Kapitalismus und des starken Nationalstaats zurück möchte, wie bevor es die Europäische Union gab.
Sie wollen die Zerstörung der Europäischen Union und sie bekämpfen die Globalisierung.
Als anarchistische, revolutionäre Linke, als Antiimperialisten müssen wir nicht nur die Zerstörung der Europäischen Union unterstützen, sondern auch die Zerstörung der Marktwirtschaft und des Nationalstaates.
Wir müssen für die Konföderation der Bevölkerungen Europas und weltweit kämpfen, für eine internationale Kommune der europäischen und der weltweiten Bevölkerung.
Das ist der wirkliche Kommunismus, eine Gesellschaft ohne Klassen und Staat.

Was ist deine Sicht auf die reformistische und revolutionäre Linke in Deutschland?

Ich weiß nicht viel über die Linke in Deutschland, weder über die reformistische, noch über die revolutionäre.
Bezüglich der reformistischen Linken ist meine Meinung, dass in den Umständen in denen wir heute als ein Resultat der Krise leben, es keine Hoffnung gibt die Situation durch die Anwendung reformistischer Politik zu ändern.
Die Reformisierung des Kapitalismus ist eine Illusion. In Griechenland kollabierte diese Illusion, wie ich bereits zuvor gesagt habe, als Syriza im Januar 2015 an die Regierung kam und für die neoliberalen Maßnahmen, das 3. Memorandum und die 3. Kreditvereinbarung stimmte.
Daher ist die reformistische Linke, nicht nur in Deutschland, sondern überall nur eine Illusion.
Die reformistische Politik, die sozialdemokratische Politik, die Intervention des Staates in die Ökonomie, der „Sozialstaat“ ist heutzutage nicht überall auf Grund der Globalisierung und der Krise realistisch.
Der einzig realistische Weg die Folgen der kapitalistischen Attacke, als ein Resultat der Krise, zu ändern ist die Revolution, der Sturz und die Zerstörung des Kapitalismus und des Staates. Der Grund der ökonomischen Krise ist die Existenz des Kapitalismus, nicht die neoliberale Form, wie die Reformisten sagen.
Die Existenz des Kapitalismus führt zu Krisen. Für mich ist es interessanter über die revolutionären Kräfte und die revolutionäre Perspektive zu sprechen.
Ich muss sagen, dass in Griechenland das Verständnis der Begrifflichkeit „Links“ ein anderes ist als in Deutschland.
Links repräsentiert in Griechenland nichts revolutionäres was Regimeparteien wie Syriza und die kommunistische Partei bezeugen, aber auch wenn wir über einige maxistisch-leninistische, maoistische, trotzkistische Gruppe, die Linken und die außerparlamentarische Linke sprechen.
Es gibt keine revolutionäre Linke in Griechenland.
Ich gehe davon aus, dass in Deutschland die revolutionäre Linke oder die revolutionären Kräfte in der Krise sind, dass sie seit der Wiedervereinigung Deutschlands Anfang der 90er, nach dem Fall der Mauer, schwach sind.
Das war ein allgemeines Resultat der Niederschlagung der revolutionären Bewegung und der Niederschlagung der westeuropäischen Stadtguerilla, in dieser Zeit.
Diese Niederschlagung in Kombination mit dem Fall des Regimes in Osteuropa hatte die Dominanz des Neoliberalismus, die Diktatur der Märkte, die Globalisierung des Kapitalismus, die Kriege in den 90ern im Irak und Jugoslawien und nach 2001 den Krieg gegen den „Terrorismus“ als Resultat.
Unter diesen Bedingungen hat die Politik der USA und der Europäischen Union im mittleren Osten das Erstarken der radikalen Islamisten und die Angriffe in Europa, in Madrid, London und heute in Frankreich und Belgien hervorgerufen.
Als Reaktion auf den radikalen Islamismus gab es eine Verstärkung des Nationalismus und Nazismus, eine Stärkung der extrem rechten Kräfte, die Staaten haben mehr Sicherheitsmaßnahmen vorgenommen und sie schließen die Grenzen für Flüchtlinge und Migranten aus Syrien, Afghanistan und Irak.
Auf der anderen Seite ist die Bevölkerung in Europa zu schwach um den Attacken des Kapitalismus nach dem Ausbruch der Krise von 2008 etwas entgegenzusetzen.
Diese Situation macht die Existenz von revolutionären Kräften dringend notwendig, nicht politische Räume für den Protest, sondern revolutionäre Kräfte, die das Regime, die Strukturen der Europäischen Union und generell der kapitalistischen Zentren angreifen.
Das ist der Grund, warum ich denke, dass die Guerilla Aktion und der bewaffnete Kampf jetzt noch dringend notwendiger ist, als vor 40 Jahren, als die westeuropäische Guerillas noch existierten.
Ich denke, dass heute die Existenz von revolutionären Kräften oder Bewegungen in den kapitalistischen Zentren wie Deutschland, Frankreich, Groß Britannien, den USA und in Italien noch notwendiger ist.
Deutschland hat heute eine zentrale Rolle in der Politik der europäischen Union und generell im weltweiten kapitalistischen System.
Es ist das meistentwickelte Land in Europa und die Basis der Europäischen Zentral Bank, die zusammen mit dem IWF und der Europäischen Kommission für die Politik eines massenhaften sozialen Diebstahls an der Bevölkerung, insbesondere in den Ländern des europäischen Südens, ist.
Wir müssen für eine revolutionäre Perspektive in Europa kämpfen wo auch immer wir sind.
Wir sind sehr weit weg von diesem Ziel, aber wir müssen die Krise des Systems ausnutzen. Wir brauchen einen starken politischen Willen und wir müssen realisieren, dass der revolutionäre Kampf ein tatsächlicher Krieg ist und ein Krieg ohne Blut existiert nicht.

Was ist die Bedeutung des gegenwärtigen Internationalismus?

Unser Kampf gegen den Kapitalismus und den Staat ist international, ist global.
Der Kampf kann nicht auf ein Land begrenzt sein. Die Verbindung und die Solidarität zwischen den Bewegungen und Kämpfen auf internationaler Ebene ist sehr wichtig, weil wir unter den Bedingungen der Globalisierung des Kapitalismus leben und alle Funktionen des Systems sind miteinander verflechtet.
Der Internationalismus sollte auf der Entstehung von starken revolutionären Bewegungen in jedem Land basieren.
Die revolutionären Bewegungen sollten klare Positionen haben, eine Aktivitität gegen den Kapitalismus und den Staat und sie sollten auch Einfluss und Kontakt auf die Massen und die sozialen Kämpfe haben.
Wenn wir eine revolutionäre Perspektive haben, dann sollten wir realisieren, dass diese Perspektive nicht durch ein Land begrenzt werden kann, weil die Revolution nicht in einem Land überleben kann. Es ist kein realistisches Szenario.
Der Internationalismus ist eine Grundlage unseres Kampfes. Wir müssen lokal oder auf nationaler Ebene agieren, aber wir sollten auf internationaler Ebene denken.

Nikos Maziotis
Prison Korydallou
T.K. 18110 Korydallo
Athens, Greece

DIRECT ACTION : : DOKUMENTATION : : SP

Hamburg, 15. November 2016 Steine gegen AfD-Büro

Vor der geplanten AFD-Demo am Samstag wurde dem Abgeordnetenbüro des AFD-Rechtsauslegers Ludwig Flocken ein Besuch abgestattet. Der AFD müssen Steine in den Weg und ins Fenster gelegt werden. AFD-Demo am Samstag verhindern!

In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch wurde das Abgeordnetenbüro des AFD-Rechtsaußen und Bürgerschaftsabgeordneten Ludwig Flocken im Hamburger Stadtteil Lohbrügge besucht. Es wurde eine Grußbotschaft hinterlassen: "Smash AFD!" und auf den Rassismus der Partei hingewiesen. Außerdem ist mindestens eine Scheibe des Büros im Lohbrügger Wahrzeichen zu Bruch gegangen. Dass Flocken da überhaupt residiert und regelmäßig Veranstaltungen macht, ist auch die Verantwortung der Stadt Hamburg und der permanenten Privatisierung vormals öffentlicher Gebäude.

Eventuelle Vorbereitungen für die Demo am Samstag finden damit in einer gut belüfteten Umgebung statt.

Nächtliche Besuche reichen nicht, um die AFD zurückzudrängen. Beteiligt euch Samstag an Aktivitäten, die rassistische Demo der AFD zu verhindern! 14:30 Hachmannplatz. Keinen Raum, keinen Meter der AFD.



Berlin, 23. November 2016: Steine+Farbe gegen HOCHTIEF

Ende August hat die „anarchistische Gruppe Rouvikonas" in Griechenland eine Aktion gegen die Mautstelle der Autobahn Korynthos-Patras durchgeführt, dabei wurden die Scheiben der Mauthäuschen eingehauen und Flyers hinterlassen. Nach dem Angriff wurden 10 GefährtInnen festgenommen und mit Haftstrafen bis zu 37 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Die Aktion richtete sich gegen den Bau einer privatisierten Autobahn einer Unternehmensgruppe, der neben einigen griechischen Unternehmen auch der deutsche Bauriese HOCHTIEF PPP SOLUTIONS GMBH angehört. In dem Schreiben der „anarchistische Gruppe Rouvikonas" heißt es dazu:

"Wir lasen oft über die Unfälle auf der Nationalstraße, die Korynthos und Patras verbindet, eine Straße, die von den Benutzern als "Guillotine" bezeichnet wird. Auch lasen wir von den Skandalen rund um den Bau dieser modernen Autobahn. […] Dieses Projekt, das nie zu Ende zu kommen scheint, wurde vom Staat mit Millionen Euro an Steuern finanziert, die den am stärksten gefährdeten Menschen in der Gesellschaft auferlegt wurden.

[…] Während das Projekt unvollendet bleibt, sind Mautgebühren bereits in Betrieb, die zusätzliche Einnahmen bringen und die Gewinne der Baufirmen erhöhen. Als ob es nicht genug wäre, dass von den Leuten erwartet wird, Straßengebühren für viele Jahre zu bezahlen, für ein Projekt, das sie bereits durch Steuern bezahlt haben, fordert das Unternehmen nun von den Reisenden, Mautgebühren zu zahlen, bevor die Autobahn überhaupt fertig gestellt wurde. […] Sie fordern von den Leuten, für eine Straße zu zahlen, die tötet. Das ist für uns keine Überraschung, denn wir sind uns bewusst, wie Kapitalismus und Autorität wirken."

HOCHTIEF, einer der Größten Baukonzerne weltweit, gilt als deutscher Krisengewinner, welcher maßgeblich von den Privatisierungsmaßnahmen wie eben dieser Autobahn oder dem Athener Flughafen in Griechenland profitiert. Während es den meisten Menschen immer beschissener geht, werden auf ihrem Rücken Gewinne abgeschöpft.

Gleichzeitig tragen Konzerne wie HOCHTIEF mit ihren Großbauprojekten für Infrastruktur überall auf der Welt wesentlich zur Zerstörung von Natur und Landschaft bei. Es gibt kein nachhaltiges Bauen im Sinne des Kapitals. Es gibt nur größer und schneller, optimiert für den Warenfluss und den Profit. Alle anderen Behauptungen sollen sie in einem besseren Licht dastehen lassen und sind Heuchelei.

Wir haben in der Nacht zum 23. November den Neubau von HOCHTIEF, an der Köpenicker Straße 54, mit Farbe und Steinen angegriffen. Mit dieser Aktion senden wir Grüße an die GefährtInnen in Griechenland, die für ihr Handeln die Repression des Staates zu spüren bekommen haben. Wir halten das Zerstören der Mautstation für legitim und notwendig und sehen unseren Angriff auf das Bürogebäude als Fortsetzung ihres Kampfes.

Aber auch die Örtlichkeit des Neubaus von HOCHTIEF am Spreeufer zwischen Mitte/Kreuzberg und Friedrichshain hat zur Auswahl unseres Zieles beigetragen. Da, wo vor nicht allzu langer Zeit noch Raum zum Wohnen, Treffen und Feiern außerhalb staatlicher Kontrolle lag. Da, wo der ehemalige Wagenplatz „schwarzer Kanal" sein zu Hause hatte und die leerstehende Eisfabrik ein Unterschlupf für Obdachlose bot, wird ein Grundstück nach dem anderen verscherbelt. Alles was nicht verwertbar ist, wird früher oder später geräumt oder verdrängt, um dem Einzug des Kapitals den Weg zu bereiten. Das Resultat sind sterile, kameraüberwachte Bürogebäude und hochpreisige Eigentumswohnungen, die nur für einen exklusiven Kreis an Leuten mit dem nötigen Kleingeld erschwinglich sind. Die Stadt der Reichen gewinnt weiter an Boden und diejenigen, die sich die Teilhabe daran nicht leisten können oder wollen, müssen sehen wo sie bleiben.

G20 in Hamburg. ein Vorschlag…

Wir verachten diese Welt und ihre VerteidigerInnen. Den Egoismus und die Gier. Die Arroganz der Macht und die Selbstgefälligkeit der Verantwortlichen.

Diese Welt und alles wofür sie steht, findet auf dem G20 ihren Ausdruck. Das Treffen bietet uns die Möglichkeit die Verachtung gegenüber dem Bestehenden in offene Feindschaft zu verwandeln, welche sich in unseren Handlungen widerspiegelt.

Vieles wurde schon gesagt und geschrieben zu den Gipfelprotesten, den Großevents und dem Spektakel, das nicht nur die Herrschenden zu inszenieren verstehen. Es wurde auch immer wieder von Teilen der Protestbewegung reproduziert. Wir sind uns den Grenzen solcher Ereignisse bewusst. Trotzdem halten wir es für richtig, uns damit zu beschäftigen, darüber auszutauschen und die Möglichkeiten und Perspektiven unsere Kämpfe entlang solcher Gipfel zu entwickeln.

Wir wollen uns nicht darauf beschränken im Sommer 2017 in Hamburg aufzutauchen, einen Krawall zu veranstalten um dann guten Gewissens wieder nach Hause zu fahren. Vielmehr liegt uns daran, schon jetzt im Vorfeld zu versuchen lokale Kämpfe miteinander zu verknüpfen, einen Bezug zueinander herzustellen und mittels Aktionen, Texten, Analysen und Berichten von den unterschiedlichsten Orten, Affinität zu schüren. Ziel sollte es sein, uns nachhaltig in unseren Kämpfen zu unterstützen und inspirieren.

Wir begrüßen zum einen eine militante Kampagne wie im Vorfeld zum G8 in Heiligendamm, zum anderen eine informelle Koordinierung, wie sie durch den Aufruf aus den griechischen Knästen zum Schwarzen Dezember entstand.

Selbstorganisierte lokale Kämpfe, wie die ZAD (zu verteidigende Zone) gegen den Flughafen in Westfrankreich. Die Kämpfe

LITTER DER NACHT : : DOKUMENTATIONEN

der Geflüchteten an den Grenzen Europas. Kämpfe in den Stadtteilen und Metropolen wie in Exarchia in Athen oder rund um die Rigaer Straße in Berlin. Der „Prison-Strike" in den amerikanischen Knästen oder die Revolte gegen die rassistischen Morde durch Bullen in den USA. Dies sind nur einige wenige Beispiele aus der westlichen Welt, welche Ausgangspunkte sein könnten, um die VerteidigerInnen des Bestehenden auf breiter Front ins Visier zu nehmen. Es sollte darum gehen, diese Kämpfe durch einen internationalen Bezug zu stärken und über den Austausch von Wissen das Terrain dieser Kämpfe zu vergrößern.
Genauso wie HOCHTIEF, Telekom, Fraport, Deutsche Bank etc. in Griechenland für etliche Schweinereien verantwortlich sind, gibt es unzählige weitere Konzerne, die überall auf der Welt ihre Macht über unser Leben ausbauen. Im Auftrag des Kapitals und als Handlager der Autoritäten und ihren Repressionsorganen.
Neben den staatlichen Behörden wie Militär und Polizei, sind es zunehmend global agierende Firmen, die die Herrschaftssicherung übernehmen und gegen soziale Bewegungen ins Feld geführt werden. Eine ganze Industrie, von der Rüstungsfirma bis zu den IT-SpezialistInnen, verdient sich eine goldene Nase an der Aufstandsbekämpfung. Aber auch das massenhafte Wegsperren von Menschen in privatisierten Knästen, nach dem Modell der USA, ist ein lukratives Geschäft. Durch die Versklavung und Ausbeutung der Inhaftierten schlagen Unternehmen maßlose Profite.
Oft sind es an unterschiedlichsten Orten dieser Welt die selben, die durch ihre schmutzigen Deals Elend verbreiten. Lasst uns diese benennen, ihre Machenschaften bekannt machen und wo immer sie präsent sind, angreifen. Der G20 kann einen Bezugsrahmen darstellen, durch welchen sich die einzelnen Kämpfe und Angriffe miteinander koordinieren und verbinden lassen.
Andererseits gilt es zu verstehen, was den ganzen Laden eigentlich am laufen hält und wo die Schwachstellen dieses System sind. Die Infrastruktur für Waren- und Datenflüsse, Verkehrswege und Glasfaserkabel, Stromnetze und Funkantennen bilden die Standbeine für eine funktionierende Ökonomie und bieten für uns eine Vielzahl von Möglichkeiten, diese zu stören und zu sabotieren.
In Berlin wurde bereits vorgelegt und ein Funkmast der Bullen angezündet. Dazu heißt es in einem Schreiben:
„[…] die überwachung des urbanen raums durch intelligente videosysteme und den schnittstellen zwischen verschiedenen behörden, wird unentwegt vorangetrieben und zielt auf die regulierung und steuerung aller individuen. die durch it-firmen entwickelten techniken und algorithmen erleichtern die arbeit repressiver organe. durch das massive einspeisen von informationen in datenbanken, werden prognosen aufgestellt, in welchen gegenden potentiell mehr straftaten zu erwarten sind. firmen und institutionen, die sich an der entwicklung und perfektionierung dieser technologien beteiligen, sind ein entscheidender faktor zum erhalt der sozialen ordnung und eine säule der sicherheitsarchitektur um bestehende machtverhältnisse aufrecht zu erhalten. […]
um zumindest zeitweise den reibungslosen ablauf zu unterbrechen, haben wir den funkmast der bundesbullen am südkreuz angezündet. das zweite feuer galt einer überwachungsvorrichtung der bundesnetzagentur. […]"
Gerade mit Blick auf den kommenden G20 in Hamburg, der im Zentrum einer Metropole stattfinden wird und alleine schon deswegen die Sicherheitsbehörden an den Rand ihrer Möglichkeiten bringt, halten wir es für interessant solche Handlungsoptionen für den Zeitraum des Gipfels und davor mit zu denken. Denn die Infrastruktur einer Großstadt lässt sich auch durch mehrere tausend Bullen nicht vollständig schützen. Sowohl die geladenen Gäste wie auch ihre Wachhunde sind ständig darauf angewiesen von A nach B zu kommen, miteinander zu kommunizieren und mit Energie und Waren versorgt zu werden. Diese Logistik findet an realen Orten statt. Wir müssen verstehen wo und wie diese funktioniert, um genau dort zuzuschlagen.
Wir sind uns sicher, dass die Dynamik eines guten Riots ein passendes Mittel ist, um in Hamburg einen Kontrollverlust zu bewirken. Wenn sich dieser durch gut gezielte Nadelstiche auf die Infrastruktur der Stadt ergänzen lässt, dann könnte dies ein wahres Freudenfeuer werden.

Solidarität mit den rebellischen Gefangenen. Grüße an die beschuldigten im Zusammenhang mit den Banküberfallen in Aachen. Viel Kraft an die Betroffenen der Hausdurchsuchungen in Berlin.
Gegen den G20. Für die Freiheit! …In Hamburg sagt man Tschüss!

Mit Freude und Aufmerksamkeit verfolgen wir die Initiativen die sich gegen den G20 richten und stellen fest, dass viele in Inhalt und Zielsetzungen unseren Vorstellungen sehr ähnlich sind. Hier ein Überblick aus den letzten Tagen und Wochen:

Berlin 22.11.16, Auto von Thales abgefackelt
Berlin 21.11.16, Bohr-Bagger brennt – gegen G20-Gipfel
Berlin 7.11.16, Farbe gegen Ordnungsamt
Berlin 6.11.16, Brandanschlag auf Telekom-Fuhrpark
Dresden 3.11.16, Thyssenkrupp-Auto angezündet
Frankfurt 21.10.16, Angriff auf Philosophicum
Hamburg 16.10.16, Buttersäure gegen Porsche von Bankenpräsident
Hamburg 23.9.16, Brandanschlag auf PKWs von Polizeidirektor Enno Treumann
Berlin 8.9.16, Funkmast der Bundespolizei angezündet
Hamburg 7.9.16, Steine und Farbe gegen Chinese Ocean Shipping Company (COSCO)



Schleswig, 25. November 2016 Kriegsdenkmal umgestaltet

Das Kriegsdenkmal mit Reiterstatue vis a vis des Gerichtsgebäudes in Schleswig wurde in der Nacht vor dem zurückliegenden AfD-Kreisparteitag von uns farblich umgestaltet. Was vorher den Tod tausender Menschen im ersten Weltkrieg zur Heldentat verklärte, verkündete nach unserer Aktion: „Nationalismus ist keine Alternative". Dass an allen möglichen und unmöglichen Orten Kriegsdenkmäler rumstehen, beweist, dass auch vor der AfD schon militaristische Arschlöcher existierten. Den Nationalismus nur bei der AfD zu sehen und damit den Rassismus und Nationalismus in weiten Teilen der Gesellschaft wegzudefinieren, verkennt den Kern des Problems. Nationalismus angreifen – nicht nur bei der AfD



Hamburg, 26. November 2016 Angriff auf die Messe Hamburg, Austragungsort der OSZE- und G20 Gipfel

Wir haben heute um 23:00 an dem Austragungsort der OSZE- und G20 Gipfel,

DIRECT ACTION : : DOKUMENTATION : : SP

der Hamburger Messe im Eingang Süd, mit Reifen und Benzin Feuer gelegt. Die Glasfront an der Karolinenstraße ist einer intensiven Bearbeitung mit Hämmern, Farbe und Steinen unterzogen worden. Wir haben uns zu dieser Abrissinitiative entschieden, da wir die Messe, die sich als Messe zur Welt versteht, ebenso grundsätzlich ablehnen wie die dort geplanten Herrschaftstreffen.

Die Messe ist ein Symbol für den (bisher) nicht endenden Kreislauf von Produzieren und Konsumieren, von dieser Warengesellschaft, die Menschen vom gesellschaftlichen Leben ausschließt und andere einschließt. Wir wollen diesen Kreislauf wie auch die Messe zerstören.

Die Messehallen befinden sich keineswegs praktisch im Wohnzimmer des Schanzen- und Karolinenviertels, wie sich die Landesvorsitzende der Grünen, Gallina, ausdrückte, sondern schwelten in der Vergangenheit lange als Abrissbirne über den Köpfen der Anwohner_innen. In den 50ern und 60ern hat die Stadt Hamburg große Flächen und viele Gebäude im Karolinenviertel aufgekauft und einen Wettbewerb ausgeschrieben, der als Prämisse den Totalabriss des Karos für eine Erweiterung der Messe und des "Justizforums" vorsah. An der Feldstraße war ergänzend dazu lange die Errichtung einer gigantischen Sport- und Mehrzweckhalle geplant. Als der Hamburger Senat in den 70ern nach und nach von den Abbruchplänen abrückte, versuchte die Messe AG weiter den Abriss umzusetzen. Und letztendlich erhielt die Messe neue Flächen und Hallen am Rande des Karolinenviertels. Flankiert wurde der Neubau durch Hotelbauten im Schanzenpark, der Schröderstiftstraße und der Feldstraße.

In den 80er, 90er und 0er Jahren wurde das Karo 1/4 zum Schauplatz von Hausbesetzungen (z.B. LaMa Häuser) und Kämpfen um den Bauwagenplatz Bambule. Die Hamburger Regierung erfand eine Stadterneuerungsgesellschaft, um den Bestand an baufälligen Gebäuden zu modernisieren und eine Befriedung und Aufwertung auf schleichendem Wege zu bewerkstelligen. Das Ergebnis ist das Aufmotzen des Karolinenviertels zu einer Erlebnis und angesagten Einkaufszone für Hamburgtourist_innen. Nach dem Auslaufen der Mietpreisbindungen mussten viele arme Bewohner_innen wegziehen, da für sie die Miete zu teuer wurde.

Mit den Inhalten und Verkaufsangeboten der in den Hallen aufgeführten Messeevents konnten die Anwohner_innen meist wenig anfangen: Hanseboot und Hansegolf, Sportbedarf für Reiche und solche, die es werden wollen, Messen der Flugzeug- und Schiffahrtsindustrie wie die Aircraft Interiors Expo oder die größte Schiffbaumesse der Welt SMM, wo auch Rüstungsfirmen wie Lürssen austellen.

Im Windschatten der Hamburger Olympipläne machten einige Strateg_innen aus Berlin un der Hansestadt eine Austragung des OSZE und des G20 Treffens klar, um die Popularität von Hamburg zu erhöhen. Außenminister und bald Bundespräsident Steinmeier empfahl Hamburg als Gipfellocation, da diese Stadt als Tor zur Welt gilt und als alte Hanse- und Hafenstadt für Weltoffenheit und Toleranz, für Kultur steht.

Wir assoziieren mit Hamburg vornehmlich Brechmittelfolter, Polizeiskandale, racial profiling, Kriegsschiffe im Hafen, die protzige Präsentierung ihres Reichtums durch die Hamburger Multimillionär_innen, monströse Investitionen in "Leuchtturmprojekte" wie die Elbphilharmonie, Abschiebeknast am Flughafen und ein geschlossenes Heim, um Jungendliche wegzusperren. Die Durchführung von politischen Gipfeln erscheint vielen erstmal als banal und normal. Doch die damit einhergehende Militarisieurng, die Erprobung des Notstandes ist nichts, was einfach wieder verschwindet. Es handelt sich um Bestandteile einer ausgefeilten Repression und Kontrolle, die kontinuierlich weiter entwickelt wird.

Die Planungen und Vorbereitungen der Ordnung im Zusammenhang mit dem Treffen schreiten voran. Es werden Zellen im Untersuchungsgefängnis und den Knästen auf Hahnöfersand und in Billwerder hergerichtet. Die Polizei erhält einen neuen Panzerwagen namens Survivor, neue Sturmgewehre und neue Schutzschilde, für





LITTER DER NACHT : : DOKUMENTATIONEN

auswärtige Bullen werden 15 Millionen Euro locker gemacht, die deutsche Polizeigewerkschaft beginnt Brötchen für ihre Kolleg_innen zu schmieren, Hubschrauber kreisen über der Stadt, Sixpacks der Bundespolizei erkunden das Terrain – aber auch wir stehen in den Startlöchern. Die Rebell_innen der Subversion werden in Hamburg deutliche Spuren hinterlassen und Zeichen der Zerstörung setzen.

This is a call for action: Gegen die herrschende Ordnung der Welt, den revolutionären Kampf organisieren, bis jede Grenze fällt.
Wir werden unsere Kämpfe nicht auf die Tage der Gipfel beschränken. Deshalb rufen wir international auf, den April 2017 für grenzenlose dezentrale Momente von Widerstand zu verwenden, Bezüge zwischen den unterschiedlichsten Kämpfen herzustellen und unsere Angriffe zu verstetigen.
Troublemakers of the world save the date: 7.7./8.7.2017 - dem G20 in Hamburg Tschüs sagen

26.11.2016, Karolinenstraße, Hamburg



Hamburg, 29. November 2016 Feuer gegen Vereinsheim, Farbe gegen Kulturverein

In der vergangenen Nacht, auf Dienstag den 29.11, haben zwei unserer Rachekommandos zeitgleich um 2:30 Uhr Angriffe auf Einrichtungen türkischer Faschisten durchgeführt.
In Eimsbüttel wurde das Vereinsgebäude von Türk Federasyon Hamburg, einem Ableger der nationalistisch-faschistischen MHP, (auch bekannt als „Graue Wölfe") mit Steinen sowie roter Farbe attackiert. Mehrere Scheiben gingen zu Bruch und an der Wand wurde die Parole „Kürdistan Faşizme mezar olacak" (Kurdistan wird das Grab des Faschismus sein) hinterlassen. Zeitgleich griff das Rachekommando Sehid Tirej Givara Delil das Vereinsheim des Fußballvereins FC Türkiye mit Molotowcocktails an. Der Verein steht in enger Zusammenarbeit mit den Strukturen der MHP und dient ihnen als Rekrutierungsbasis. Türk Federasyon betreibt in Europa nicht nur Propagandaarbeit und verbreitet ihre antikurdische faschistische Hetze, sondern ist eng vernetzt mit den Strukturen in der Türkei und rekrutiert immer wieder Jugendliche für den Kampf gegen das kurdische Volk in Bakur und Rojava. Die Faschisten aus dem Umfeld der MHP waren an den Massakern in Cizre, Nisebin, Sur und vielen anderen Städten und sind auch bei der Invasion der türkischen Armee im Norden Syriens aktiv beteiligt. Sie sollten nicht glauben, dass sie in Ruhe leben können solange der Krieg in Kurdistan tobt. Wir werden sie auch in Europa zur Rechenschaft ziehen.
Unsere Angriffe richten sich insbesondere gegen die seit 17 Jahren andauernde Inhaftierung und Isolation unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalans. Die MHP drängt in enger Zusammenarbeit mit dem herrschenden AKP-Regime auf die Wiedereinführung der Todesstrafe und möchte sie gegen Reber Apo anwenden. Die Jugend wird nicht stillstehen und vor den Massakern in unserer Heimat und den Angriffen gegen unseren Repräsentanten die Augen verschließen. Unsere Angriffe vergangene Nacht sind als Drohung zu werten. Solange die Vernichtungspolitik gegen das kurdische Volk und die Angriffe gegen Serok Apo andauern, müssen die Faschisten, die Vertreter des türkischen Regimes und alle Kollaborateure mit unseren Racheaktionen rechnen. Niemand soll uns davon abhalten unsere Aktionen einzustellen solange unser Volk massakriert wird und unser Anführung in Gefangenschaft gehalten wird.
Serok Apo ist unsere Rote Linie! Bijî Serok Apo! Sieg dem Revolutionären Volkskrieg!

Apoistische Jugendinitiative Hamburg
Rachekommando Sehid Güven Amara Roj
Rachekommando Sehid Tirej Givara Delil"



Athen, 30 November 2016 Anschlagserklärung zum Angriff auf Büros der Securityfirma S.C.S.

In den Morgenstunden des 30. November griffen wir mit Hämmern und Feuer die Büros der Securityfirma S.C.S. in Zografou (Athen) an. Die privaten Sicherheitsfirmen spielen die Rolle der Para-Polizei, verdienen Geld indem sie Angst verkaufen, das Spitzeltum fördern und eng mit der Polizei zusammenarbeiten.
Aus diesen Gründen, und nicht nur deswegen, war es nicht schwer für uns dieses konkrete Ziel auszuwählen. Außerdem haben wir mit dieser Aktion bewiesen, dass die Firma unfähig ist und die Dienste, die sie anbieten eine Wahnvorstellung sind, zumal sie nicht fähig sind sich selbst zu schützen. Kein menschliches oder technisches Mittel der Überwachung kann diejenigen stoppen, die den Willen haben das Bestehende anzugreifen.
Mit dieser Aktion wollen wir den Aufruf gegen den G20 Gipfel welcher in Hamburg am 7. und 8. Juli 2017 stattfinden wird, unterstützen. Der 7. und 8. Juli, wie auch die Monate davor, können zu einem Treffpunkt zwischen Gefährt/innen aus der ganzen Welt werden und im selben Moment einen Ausgangspunkt bilden für eine Kampagne, die zusammenlaufen wird in der Zuspitzung von Spannungen und um neue Fronten der Zusammenstöße zu schaffen, ohne Einschränkung in Zeit oder Grenzen.
Wir werden über das Wie, Wann und Wo entscheiden ohne auf irgendetwas oder jemanden zu warten. Wir glauben, dass es eine gute Chance ist in Erscheinung zu treten, durch die Zusammenstöße, unsere Praxis und unsere Worte, in Ablehnung der Linken und friedlichen Bürger, welche für ein weiteres Mal ihr bekanntes Fest aufbauen werden um die Bewegung in eine demokratische und friedliche Fiesta zu verwandeln.
Wir wollen klarstellen, dass wir den Aufruf nicht unterstützen weil wir eine „bessere Welt" anstreben, eine gerechte Regierung, menschlichere Gesetze oder einen besseren Staat. Alle reformistischen und philanthropischen christlichen Werte sollen zur Hölle fahren!
Wir unterstützen den Aufruf weil wir glauben, dass durch den Austausch von Gefühlen, Momenten und Erfahrungen zwischen den Gefährt/innen, welche aus verschiedenen Teilen der Erde kommen und in unterschiedlichen Zuständen leben, wir die Bedingungen schaffen können, die uns nicht in den Zustand des kontinuierlichen Wartens auf den Zusammenstoß versetzen werden. Unsere Haltung war nie und wird niemals defensiv sein! Krieg mit allen Mitteln! Wir befinden uns im Krieg mit EUREM Bestehenden! Antisoziale Brandstifter



Quickborn/Stade, 1. Dezember 2016, Angriffe gegen DITIB/AKP

Die Rachekommandos Sehid Zana Ciwan und Sehid Serbest Cibran der Apoistischen Jugendinitiative haben sich in einer Erklärung zu einem militantem Anschlag auf ein Vereinsgebäude der nationalistisch-faschistischen DITIB und andere türkisch-fa-

SPLITTER DER NACHT :: DOKUMENTATION

schistische Gebäude in Stade und Quikkborn bekannt.Die Jugendlichen zerschlugen die Fenster des Vereinsgebäudes, bewarfen es mit Farbbeutel und besprühtem die Wände. In ihrer Erklärung weisen die Jugendlichen auf die anhaltende Isolationshaft der kurdischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan hin. Die angegriffene Organisation stellen einen verlängerten Arm der faschistischen AKP-Regierung da, die versuche ihre Hasspolitik gegenüber der kurdischen Gesellschaft und anderen kulturellen Minderheiten auch in Europa zu propagieren.



Hamburg, 5. Dezember 2016
Farbe gegen Wohnhaus von Niels Annen (SPD)

Wir haben das Wohnhaus Amandastraße 56, 20357 Hamburg, in dem der außenpolitische Sprecher und Experte der SPD Bundestagsfraktion Niels Annen wohnt, mit roter Farbe beworfen.

SPD Außenpolitik zeichnet sich aus durch:
– den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, Einsätze deutscher Soldat_innen im Kosovo und Mali.
– die Stationierung einer NATO battle group unter deutscher Führung in Litauen, 75 Jahre nach dem Angriff deutscher Truppen auf die Sowjetunion und dem Beginn der Vernichtung jüdischer Gemeinden in Litauen. Ergänzend dazu rüstet Daimler Benz die litauische Armee mit Militärunimogs aus.
– die Beteiligung der deutschen Flotte an den Migrationsbekämpfungsmissionen der NATO in der Ägäis, an der Operation Sophia vor der libyischen Küste und der Operation Seaguardian.
– die Unterstützung reaktionärer Regime in Afrika mit der Absicht der Errichtung von Lagern zur Verhinderung von Füchtlingsbewegungen nach Europa.

Annens Boss Steinmeier beschreibt die angeblich ungewollte neue Führungsrolle Deutschlands in der Welt als “nachdenkliche Macht”.
Niels Annen sollte darüber nachdenken, ob er zukünftig weitere Stufen auf der Karriereleiter deutscher Außenpolitik erklimmen möchte, denn in Hamburg sagt man tschüs.
deutschen Imperialismus angreifen
war starts here, let´s stop it here
5.12.2016

Bremen, 9. Dezember 2016
Farbe und Steine gegen Deutsche Bank

„Stop G20!“ – mit diesem Schriftzug bedachten Unbekannte eine Filiale der Deutschen Bank in der Bremer Neustadt.



Hamburg, 10. Dezember 2016
Farbe gegen Haus von Nicole Jordan (AfD)

Wilhelmsburg – Die AfD-Politikerin Nicole Jordan aus Wilhelmsburg wurde erneut zur Zielscheibe von Aktivist_innen. In der Nacht zu Sonntag wurde ihr Haus mit Farbbeuteln beworfen.



Neumünster, 10. Dezember 2016
Angriff auf Almanya Türk Federayson (ATF)

Am 10. Dezember 2016 veranstaltete die “Almanya Türk Federayson” einen Kulturtag unter dem Motto “Fest der Flaggen” in der Stadthalle von Neumünster. Die “ATF” ist der Dachverband der “Grauen Wölfe” und repräsentiert die faschistische nationalistische Partei MHP in Deutschland. Dass die Stadt Neumünster ihre Räumlichkeiten an faschistische Organisationen vermietet, die völlig offen ihre faschistischnationalische Ideologie zu Schau tragen, ist ein Skandal. Für alle sichtbar waren die Fahnen mit den drei Halbmonden angebracht, es wurde der Wolfsgruß gezeigt und faschistische Lektüre verkauft.

Die “Türk Federasyon” betreibt in der BRD nicht nur Propagandaarbeit und verbreitet ihre faschistische Hetze, sondern ist eng vernetzt mit den Strukturen der MHP in der Türkei. Die FaschistInnen haben an den Massakern in Cizre, Sur und vielen anderen Regionen maßgeblich mitgewirkt, aktuell beteiligen sich die faschischten Kräfte, innerhalb der türkischen Armee, an der Invasion in Bakur und Rojava. Die MHP arbeitet mit der AKP an der Wiedereinführung der Todesstrafe in der Türkei. Das Ziel ist die Ermordung von Serok APO durch den türkischen Staat.

Aus Protest gegen die faschistische Veranstaltung haben wir zur gleichen Zeit das Vereinsgebäude in der Joachimstraße angegriffen, Graffitis hinterlassen. Als Sabotage wurden mehrere Autos von TeilnehmerInnen fahruntauglich gemacht.
Wir werden euch angreifen wo auch immer ihr seid.

Racheteam Sehid Lecwan Munzur
der Apoistischen Jugendiniative





Lübeck, 13. Dezember 2016
Steine gegen AfD-Veranstaltungsraum

Wir haben unsere Wut entladen.
Wir haben die Fensterfront des Gesellschaftshauses in Lübeck-Travemünde entglast.
Wir haben es getan, weil der Verein wieder und wieder der AfD Räume zur Verfügung gestellt hat.
Wir akzeptieren es nicht länger, dass das Gesellschaftshaus ein Rückzugsraum der AfD ist.
Wir fordern den Verein auf, der AfD die Räumlichkeiten für das heutige „Adventstreffen“ zu entziehen.
Ansonsten kommen wir wieder.



Vorsicht Hütchenspieler!
Der Atomkonflikt als Gesellschaftspiel?

Als sich der erste Castor 1995 aus Philippsburg auf den Weg nach Gorleben machte, sprachen die Verantwortlichen noch davon, dass „in wenigen Jahren, das Endlager in Gorleben“ zur Verfügung stehen würde. In weiten Teilen der Bevölkerung herrschte die Ansicht vor, dass es in Gorleben gar schon ein Endlager gebe, und selbst in den 2000ern berichtete die ZEIT aufwendig von der Tatsache, dass dies gar nicht so sei, sondern lediglich eine Zwischenlagerhalle im Gartower Forst stehe. Zwanzig Jahre später, 2015, entschließt sich der Bundestag dann, die ganze Suche noch einmal von vorne zu starten. Neben dem Eingeständnis, dass das Gerede vom Entsorgungsnachweis Gorleben reines Geschwätz war und selbst Optimisten der Atomfraktion ein sog. Endlager nicht vor 2050 in Betrieb sehen, wirft diese Situation vor allem die Frage auf, was denn in der Zwischenzeit mit den nuklearen Ewigkeitslasten passieren soll. Castoren sind auf eine Betriebsdauer von 40 Jahren ausgelegt, von denen der oben beschriebene Castor aus Philippsburg nun schon mehr als die Hälfte hinter sich hat. Absehbar wird es auch im Jahr 2035 kein Endlager geben, und so wird sich dann die Frage stellen, was mit der Büchse geschehen soll. Die einfachste und auch wahrscheinlichste Lösung wäre eine „Laufzeitverlängerung“ , wie sie in den USA z.B. auch bei AKW üblich sind, die nun reihenweise 60 Jahre lang laufen dürfen.

Eine andere Variante wäre die Brennelemente „einfach“ in einen neuen Castor umzupacken. In Gorleben gäbe es dazu im Gegensatz zu den meisten anderen Zwischenlagern auch eine „heiße Zelle“, die Pilotkonditionierungsanlage, die für solche Zwecke gedacht, nur leider technisch auf dem Stand der späten 80er Jahre des letzten Jahrhunderts ist.

Es ist also absehbar, dass auch nach dem möglichen Ende des Betriebs von Atomanlagen in Deutschland zahlreiche Atomtransporte quer durch die Republik stattfinden werden, wenn sich herausstellt, dass entweder die Castoren oder die Zwischenlager nicht mehr so wirklich funktionieren.

Das Ganze erinnert dabei an die Tricks von Hütchenspielern, die durch behändes Verschieben von Spielfiguren den Eindruck erwecken, diese seien verschwunden, auf jeden Fall nicht dort, wo mensch sie vermutet.

Los geht das Spiel übrigens nicht erst in zwanzig Jahren, sondern sofort: in 2017.

Nachdem das AKW Obrigheim 2005 endlich stillgelegt wurde, sollen 2017 die dort noch vorhandenen Brennelemente verschwinden, damit die Betreiber endlich eine grüne Wiese, in diesem Fall eine Streuobstwiese am Neckar, vorweisen können.

Blöd nur, dass Atommüll die garstige Eigenschaft hat, nicht einfach zu verrotten oder zu verschimmeln. Auch mehr als ein Jahrzehnt nach dem Ende des AKW sind die dort gelagerten Brennelemente ebenso tödlich wie 2005. Damit die Hütchenspieler aber endlich sagen können, „hier issa nich“, muss der Müll woanders hin. Das Ganze wird sicherlich nicht so behände ablaufen wie bei anderen Hütchenspielern, aber der Trick bleibt der Gleiche.

Seit Anfang 2016 wird in Obrigheim ein Verladekran an den Neckar gebaut, um die 15 Castoren in insgesamt fünf Fuhren á drei Castoren mit einem Binnenschiff nach Neckarwestheim zu verfrachten, wo sich am gleichen Fluss ein weiteres AKW befindet. Der Atommüll ist dann natürlich nicht weg, sondern nur 40 km entfernt in einem anderen Zwischenlager, aber voilà: in nur zehn weiteren Jahren gibt es in Obrigheim einen „grüne Wiese“.

Und weiter geht's.

Seit 1993 stapeln sich im Zwischenlager Jülich die plutoniumhaltigen Brennelemente des ehemaligen Forschungsreaktors in 152 Castoren. Mittlerweile ist die Betriebserlaubnis des Zwischenlagers aus verschiedenen Gründen erloschen, und der Dreck soll weg. Eine Möglichkeit wäre der Export per Schiff in die USA, in die Atomwaffenfabrik Hanford, die im Umgang mit Plutonium für den Bombenbau ja Übung hat, eine andere Möglichkeit wäre der Transport ins nächstgelegene andere Zwischenlager, in diesem Fall Ahaus.

Dutzende Transporte auf den Autobahnen NRWs stehen also an – so ganz geräuscharm wird dieser Hütchenspielertrick wohl nicht.

Ach ja, und auch schon fast vergessen: der ganze Müll, der in den 80er und 90er Jahren nach Frankreich und Großbritannien gefahren wurde, muss ja auch wieder zurück, und Gorleben ist aus dem Spiel. Auch von 2017 an stehen daher Transporte von LaHague nach Philipsburg (ups, spielte das nicht vorhin schon mal eine Rolle), von Sellafield nach Biblis (ab 2020) und Ohu / Isar, und - hallo Norddeutschland! – nach Brokdorf an.

Im Gegensatz zu den leider oft verkannten Hütchenspielern, die tatsächlich Tricks drauf haben, kann mensch dies von den Betreibern der Atomanlagen und Zwischenlager nicht behaupten. Bei einer Halbwertzeit von mehr als 20.000 Jahren im Falle von Plutonium, und angesichts der Tatsache, dass es ein sicheres „Endlager“ nicht geben kann, erweist sich das Herumkutschieren von Atommüll nicht als Gesellschaftsspiel, sondern als Ausdruck von Ratlosigkeit die sich auch fortsetzen wird, wenn die Halbwertszeit der entscheidungstragenden Personen längst abgelaufen ist.

Darauf aufmerksam zu machen war das Anliegen dieses Textes und die Bitte, sich in die Proteste gegen die anstehenden CASTOR-Transporte einzubringen, auch wenn die im globalen Süden, d.h. im Tal des Neckars stattfinden werden.



Floragruppen und regelmässige Termine

Archiv der Sozialen Bewegungen und Fotoarchiv: jeden Montag 15-20 Uhr (Tel. 433007)

motorrad werkstatt: jeden montag schrauben und klönen ab 18 uhr. kommt vorbei!

fahrradselbsthilfe: mit ra(d)t und tat stehen euch die schrauber montags von 18.30-21 uhr zur seite!

offene baugruppe: wir erfinden gerade die flora neu und nehmen umfangreiche umbaumaßnahmen im erdgeschoss in eigenleistung vor – wenn ihr lust habt, euch handwerklich in einem spannenden und herausfordernden politischen umfeld zu engagieren, kommt samstags um 12 uhr vorbei!

sportraum: selbstverwalteter sportraum (1. stock) von neigungsgruppen mit unterschiedlichsten bewegungsangeboten. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!

bandproberäume: insgesamt vier übungsräume im keller der flora werden in selbstverwaltung von bands gemeinsam genutzt. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!